

# WUB

ASTA Informationsreferat

*Info!*

› was uns betrifft ‹

Informationsorgan des ASTA der THD

NUMMER 3

APRIL 1975



## Studentenwerk - eine öffentlich rechte Anstalt ?

Zimmer im Studentenwohnheim Riedeselstr. Für diese ehemalige Gefängniszelle (6,7qm, Fenster halb zugemauert) verlangt das Studentenwerk nach der bestreikten Mieterhöhung 86,-DM !!! (vorher 75,- DM)

## Vietnam - ein Interview mit Betroffenen.

## Gesinnungsschnüffelei an der THD!

## Erstsemesterinformation

# INHALT

Studentenwerk - eine öffentlich rechte Anstalt	S.2
Vietnam-Interview mit Betroffenen	S.4
Gesinnungsschnüffelei an der THD	S.6
Die Hochschulen werden dichtgemacht	S.9
Achtung Erstsemester!	S.11
FH-Chemiestudenten vom Regen in die Traufe	S.13
Bericht vom Gründungskongreß des gemeinsamen Dachverbandes aller Studentenschaften der BRD und Westberlin	S.14
"Schick Dein Kind auf bessere Schulen" -und heute?	S.16
Journal	S.17
Chile, offener Brief an den Präsidenten der THD, Böhme	S.20

Die Rubrik "Journal" wird in Zukunft über alle für Studenten interessante Veranstaltungen informieren. Dazu gehören politische Veranstaltungen an der Hochschule und in Darmstadt, Fachschaftstermine und kulturelle Veranstaltungen wie Schlosskeller und Filmkreisprogramme.

# Studentenwerk - eine öffentlich rechte Anstalt ?

Die seit dem 1.1.75 von über 70 % der Bewohner getragene Verweigerung gegen die bis zu 30 % betragende Mieterhöhung und verschärften Mietverträge in den Darmstädter Studentenwohnheimen spitzt sich zu.

Nachdem durch die hohe Streikbeteiligung anfangs dem Studentenwerk ein ige Geheimzustände in dem vom Stuwe einseitig eingebrachten "Knebelungs-Mietvertrag" abgetrotzt werden konnten, versucht das Stuwe "mit ausdrücklicher Beteiligung" des mit der Wohnheimbelegung im Kultusministerium betrauten Dr. Kettner (siehe Antwortbrief an den Wohnheimausschuß), die Mobilisierung der Wohnheimbewohner für ihre berechtigten Forderungen nach sozial tragbaren Mieten und annehmbaren Mietverträgen, mit Härte zu untergraben. Rechtzeitig zu Ostern legte man den Wohnheimbewohnern ein dickes Ei ins Nest.

Das Ei enthielt für je zwei Heimbewohner aus den fünf betroffenen Wohnheimen eine amtsgerichtliche Vorladung zu einer mündlichen Verhandlung vor dem Amtsgericht Darmstadt, um die Beklagten "kostenpflichtig und vorläufig vollstreckbar zu verurteilen, an die Klägerin (Frau Stuwe) einen Miet- bzw. Nutzungsrückstand in Höhe von DM ... zu zahlen." Die Gründe, weshalb es ausgerechnet diejenigen erwischt hat, denen vor Ostern die Klagesätze zugingen, sind unbekannt. Das Amtsgericht will wissen, daß um die Zimmer-Nr. der zu Verklagenden auf einer internen Feier der "Bel Etage" des Stuwe gepokert wurde. Die Klage wird mit dem Stuwe-Gesetz begründet, darin heißt es:

"Die Klägerin (Stuwe) hat gemäß ... des Gesetzes über die Studentenwerke ... ihre wirtschaftlichen Betriebe, wozu auch das Studentenwohnheim gehört, so zu führen, daß die Einnahmen die Gesamtkosten unter Beachtung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit unter Gewinnverzicht decken. Zuständig für die Festsetzung der monatlichen Miete für die Nutzung von Wohnheimplätzen ist der Hess. Kultusminister ... Die Neufestsetzung erfolgte dann durch Erlaß ... Die geforderte Mieterhöhung ist gerechtfertigt. Der Hess. Kultusminister hat sie unter Berücksichtigung der vorgenannten gesetzlichen Vorschriften geändert. Die Änderung ist auch sachlich gerechtfertigt.

## Amtsgericht Darmstadt

Muthildenplatz 12  
Telefon: 0 61 51 12-1  
Konten der Gerichtskasse Darmstadt:  
PSchKto: Ffm 24 00 - 403 IBLZ 500 100 60,  
LZB Darmstadt 508 01504 IBLZ 508 000 00

Postanschrift: Amtsgericht 6100 Darmstadt 1 Postfach

31 C 474/75

Herrn  
Rechtsanwälte  
Bauer u. Lugsch

61 Darmstadt

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Geschäftsnummer  
bitte stets angeben!

Bitte bringen Sie diese Ladung zum Termin mit  
Bitte beachten Sie die Hinweise auf der Rückseite  
Zutreffendes ist angekreuzt  bzw. ausgefüllt

Nebenstelle

12 22 66

Datum

19.3.1975

## Ladung zum Termin am

Wochentag und Datum	Uhrzeit	Raum	Stock (E-Erdgeschoß)	im Gerichtsgebäude
Donnerstag, 24. 4. 1975	10.00	519	I.	

in dem Rechtsstreit

Studentenwerk Darmstadt ./.

An den ministeriellen Erlaß ist der Beklagte (Heimbewohner) im Rahmen des besonderen Gewaltverhältnisses nach Zulassung der Klägerin (Stuwe) als öffentlich rechtliche Anstalt gebunden. Die privatrechtliche Ausgestaltung des Nutzungsverhältnisses ändert daran nichts.

Die Vorschriften des 2. WKSCHG (Wohnraumkündigungsschutzgesetz) finden für den Beklagten (Heimbewohner) keine Anwendung, weil der Wohnraum ihm nur zum vorübergehenden Gebrauch überlassen ist, außerdem wäre die Mieterhöhung zulässig gem. Art. 3 MRG 2".

Die Klage wird nun also mit der Fachaufsicht des Kumi über das Stuwe begründet. Wenn der Kumi über die gesetzlich verankerte Fachaufsicht die Preise erhöht (Wohnheimmieten, Mensapreise), weil er sich weigert, die Zuschüsse zu erhöhen, oder überhaupt zu zahlen, so hat der Betroffene sich an die weisen landesväterlichen Ratschlüsse zu halten und ganz einfach eben Pech gehabt.

Das war nicht immer so. 1972 wurde vom Landesparlament im Zusammenhang mit der Erhöhung der Sozialbeiträge das Studentenwerk erksengesetz geändert. Früher war die Sozialbeitrags-erhöhung am studentischen Veto im Stuwe-Vorstand gescheitert. Nun wurde das Veto-Recht abgeschafft, eine Erhöhung konnte jetzt gegen den Willen der gesamten Studentenschaft durchge-

setzt werden. Der sich dennoch erhobene Widerstand der Studenten gegen diese Erhöhung war dem Kumi zu unbequem. Kurz bevor die Mensapreiserhöhung anstand, wurde erneut das Stuwegesetz geändert. Die Unabhängigkeit des Stuwe wurde aufgehoben und dieses unter die direkte Fachaufsicht des Kumi gestellt. Damit verlor die Studentenschaft ihren Einfluß zur Wahrung ihrer sozialen Belange im Studentenwerk. Bereits damals wurden die nächsten Maßnahmen vorbereitet: Mieterhöhung in Wohnheimen, eine weitere Sozialbeitragserhöhung und die Abschaffung der stud. Krankenversicherung.

Anfang Januar 75 fand auf Initiative des Stuwe ein Informationsgespräch über die rechtliche Lage zwischen Stuwe- und Wohnheimvertretern und je einem Vertreter des Mietervereins und des Haus- und Grundbesitzervereins statt. Während die Wohnheimvertreter und der Vertreter des Mietervereins den sozialen Charakter der Wohnheime betonten und auch die formale Durchführung der Kündigung und Mieterhöhung bemängelten, schloß sich das Stuwe der Argumentation des Haus- und Grundbesitzervereins an:

Da das Wohnrecht nur für die Dauer des Studiums erteilt wird und die Studienzeit gemessen an der durchschnittlichen Lebenserwartung nur eine relativ

kurze Zeit sei, müsse geprüft werden, ob nicht ein besonderes Mietverhältnis von vorübergehender Dauer zwischen Wohnheimbewohnern und Stuwe vorliegt.

In Fortsetzung des massiven Abbaus des Stuwe als soziale Einrichtung wird jetzt versucht, die privatrechtliche Ausgestaltung des Mietverhältnisses ebenso verschwinden zu lassen wie die Selbstverwaltung des Stuwe und das frühere Veto-Recht der studentischen Vertreter.

Das Stuwe hat sich als öffentlich rechte Anstalt demaskiert, das zeigt sich durch:

1. reine Übernahme der Argumentation des Haus- und Grundbesitzervereins
2. die Art und Weise des juristischen Vorgehens.

Das Mietverhältnis ist für alle streikenden Heimbewohner gleich (außer Miethöhe, Zeitpunkt des Vertragsabschlusses etc.). Für eine juristische Klärung hätte eine Klage gegen einen Heimbewohner ausgereicht. Die Verklagung von 10 Heimbewohnern macht deutlich, daß das Stuwe mit "ausdrücklicher Billigung" des Herrn Dr. Kettner aus dem Kumi über die Prozeß- und Anwaltskosten die Heimbewohner an ihrer materiellen Existenz angreift und den Streik der Heimbewohner dadurch zerschlagen will.

3. die Art, Mieterhöhungen einzutreiben, z. B. auch bei den Hausverwaltern: ihnen wurde in den ersten Februartagen mitgeteilt, daß sie ab 1.2. die volle Miete für ihre Dienstwohnung zu zahlen hätten. Bei Erhalt ihres Gehaltsstreifens mußten sie feststellen, daß man ihnen die volle Miete gleich abgezogen hatte.

Den mitstreikenden Wohnheimtutoren wurde ab Januar das Gehalt gesperrt. Sie bekommen es erst dann, wenn sie die Mieterhöhung nachbezahlen.

Die alles geschieht mit tatkräftiger Unterstützung unseres Präsidenten Böhme, der bei der Sperrung der Tutorengelder eifrig mitwirkte und darüber hinaus dem AstA der THD mit rechtsaufsichtlichen Maßnahmen drohte, weil dieser für die Wohnheimbewohner ein Sonderkonto eingerichtet hatte. Böhme hatte allerdings im Brief an den AstA nicht die Tatsache bemängelt, daß gestreikt wurde, sondern daß die alten Beträge "verspätet" beim Stuwe eintrafen. Dafür machte er das AstA-Streikkonto verantwortlich. Mit dieser Argumentation schoß er ein Eigentor, denn sie beinhaltet die Anerkennung der Berechtigung des Mietstreiks.

Das Stuwe macht pro Jahr ca. 1,7 Mio DM Defizit, davon etwa 440 000 DM im Wohnheimbereich. Da dieses Defizit nicht gedeckt wird, häuft es sich mit den Jahren an und nur seine Eigenschaft als öffentlich rechtliche Anstalt rettet das Stuwe vor dem Bankrott. Im Wohnheimbereich bekommt das Stuwe keine Zuschüsse vom Land (ebenso wie im Gesundheitsdienst, 760 000 Defizit) d. h. es soll kostendeckend arbeiten, als soziale Einrichtung! Man versucht, die Kosten auf den Rücken der Studenten abzuwälzen, das bedeutet Sozialbeitragserhöhung, Mieterhöhung, Abschaffung der stud. Krankenkasse. Nach der Salamatattik wird jedes Semester die Preis-

schraube woanders angezogen, dahinter steckt die Absicht, nicht allzuvielen Studenten gleichzeitig zu treffen und damit die Betroffenen auseinanderzudividieren. Die Mieterhöhungen treffen deshalb nur alle als Abbau studentischer sozialer Einrichtungen. Übt deshalb unbedingt Solidarität mit den streikenden Heimbewohnern! Unterstützt die Forderungen: Keine Mieterhöhung, keine "Knebel-Mietverträge"

weg mit der Fachaufsicht des Kumi über das Stuwe durch das Stuwe-Gesetz!

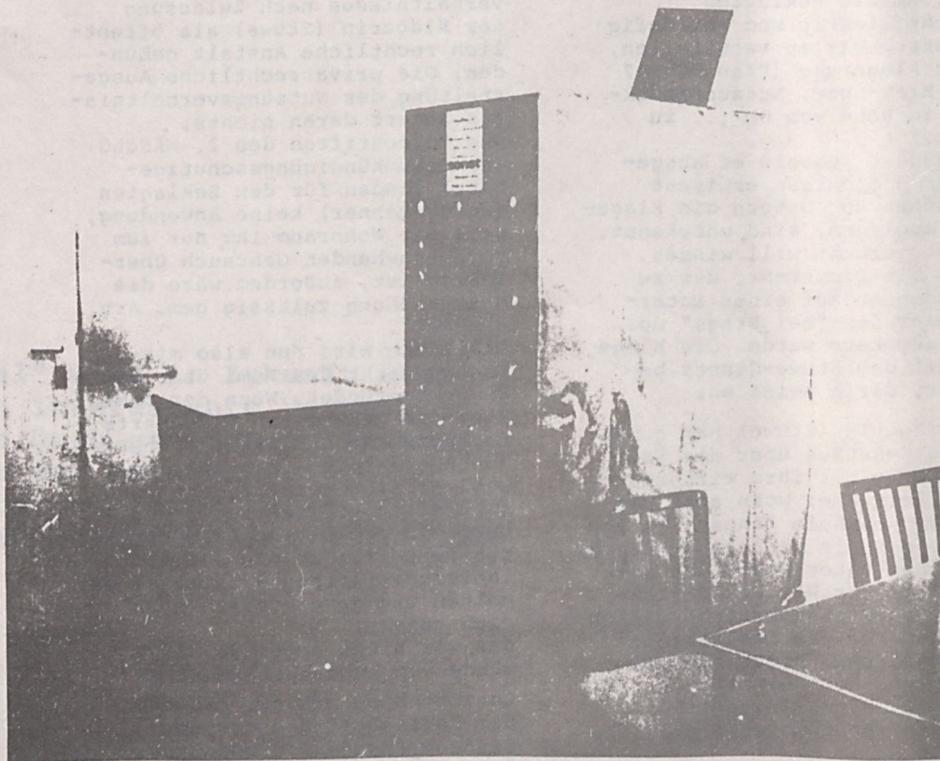
Deckung der Stuwe-Defizite durch das Land, nicht durch die Studenten

## So leben die Studenten

	DM		DM
Ernährung	210	Körperpflege	17
Miete	148	Kleiderpflege und Reparaturen	12
Anschaffung von Kleidung und Schuhen	45	Sonstige Ausgaben	102
Lehrbücher und sonstige Lernmittel	33	<b>Gesamtbetrag</b>	<b>615</b>
Fahrkosten	31		
Sozialbeitrag	17		

Durchschnittliche Monatsausgaben eines Studenten, der nicht bei seinen Eltern lebt

Quelle: Deutsches Studentenwerk, G. Kath



Wohnheim Heinrichstraße, starker Verkehr, 15qm, 127,-DM

# VIETNAM

Interview mit vietnamesischen Studenten der THD

Die Meldungen aus Vietnam überstürzen sich in den letzten Tagen. Dabei handelt es sich hauptsächlich um dramatische Schilderungen des Flüchtlingsinfernos und der Rettungsarbeiten. So verständlich es ist, daß Reporter von ihren sicherlich grausamen Eindrücken berichten, so birgt diese Schilderung eine Gefahr der Meinungsmache. Die Sympathien liegen selbstverständlich auf der Seite der existenziell betroffenen Vietnamesen. Als Aggressor wurde in der gesamten Presse der Vietcong hingestellt und festgeschrieben. Eine weitergehende Aufklärung über Fragen wie: Warum Einwohner von Danang flüchten, was sie fürchten, warum man die amerikanische Botschaft aus Angst vor Unruhen evakuieren muß, warum Thieu die militärische Lage in Danang lange unklar ließ und jetzt für Rettungsmaßnahmen die Vereinten Nationen anruft usw. sucht man vergebens.

An der TH Darmstadt studieren ca. 50 Vietnamesen. Einer von ihnen kam jetzt aus Südvietnam zurück. Vom Krieg betroffen sind alle. Wir sprachen mit einigen von ihnen. am 2.4.75.

Frage: Wie stark seid Ihr in der BRD vom Krieg in Eurer Heimat betroffen? Was ist mit Euren Verwandten?

Wir rachen uns natürlich Sorgen um die Sicherheit unserer Familienangehörigen, von denen wir in diesen Tagen keine Nachricht erhalten haben. Manche von uns sind insbesondere dadurch betroffen, daß unsere Angehörigen ihren Wohnsitz in den von Thieu evakuierten oder aufgegebenen Gebieten haben und wir damit über das unmittelbare Schicksal unserer Eltern, Brüder und Schwestern im Unklaren sind. In den Zeitungs- und Rundfunkberichten der letzten Tage lasen wir, daß die Zivilbevölkerung zwangsevakuert wurde, daß plündernde und mordende Saigoner Soldaten ein Chaos angerichtet haben und daß viele unschuldige Menschen ihr Opfer wurden. Einige von uns haben zwar vor einigen Wochen von unseren Familien erfahren, daß sie nicht bereit sind, ihre Heimatstädte in ein ungewisses Schicksal zu verlassen, aber gerade die letzten Fernsehaufnahmen und Berichte z. B. aus Danang, über die Flüchtlingstrecks zu Lande und zu Wasser, erfüllen uns mit großer Sorge. Am Dienstagabend konnten wir einem Bericht einer Frau auf einem Schiff aus Danang entnehmen, wie die Bevölkerung von den "eigenen" Soldaten "geschützt" wurde. Die Saigoner Armeeangehörigen beraubten die

Passagiere, vergewaltigten die Frauen und unterdrückten jedweden Protest dadurch, daß sie sich widersetzende Leute kurzerhand über Bord ins offene Meer warfen. Unter diesen Umständen können wir nur hoffen, daß unsere Familienangehörigen sich der Zwangsevakuierung widersetzen oder entziehen konnten und in ihren Heimatorten ausharrten. Unsere Brüder unterliegen der Generalmobilmachung Saigons, sogar 17jährige müssen zur Armee. Auslandsreisen sind generell verboten. Es ist schwer für unsere Brüder, sich dem Militär zu entziehen. Wir wissen, daß zu kämpfen (in der Saigoner Armee) in diesem illegalen und unmoralischen Krieg der Verteidigung des Vaterlandes nicht dient.

Frage: Wir fragen noch einmal nach, wie wirkt sich der Krieg und das Thieu - Regime in Vietnam auf Euer Leben hier in der BRD aus?

In der BRD studieren z.Z. etwa 1.200 Vietnamesen. An allen Universitäts- und Hochschulorten bestehen lokale Vereine, deren Aufgabe es ist, die Beziehungen unter den Vietnamesen sowie zur deutschen Bevölkerung zu pflegen, die Rechte der vietnamesischen Studenten zu verteidigen, ihre Interessen zu wahren und

zur nationalen Versöhnung und Eintracht beizutragen. Der Dachverband dieser lokalen Vereine ist die Union Vietnamesischer Studenten in der BRD. Sie wurde 1966 gegründet. Die Entwicklung in unserer Heimat hatte natürlich auch ihre Auswirkungen unter der vietnamesischen Studentenschaft der BRD. So mußten wir verschiedentlich unsere Rechte gegenüber der Saigoner Botschaft in Bonn verteidigen, die nichts unterließ, uns in unserer Arbeit zu stören, uns unserer demokratischen Freiheiten zu berauben, uns einzuschüchtern, ja sogar einige unter uns ausweisen zu lassen (Ende 73), nur weil wir es wagten, anderer Meinung als Thieu zu sein. Ende 1973 wurde der "Bund der Freien Vietnamesischen Studenten" gegründet, zu dem Zweck, die vietnamesische Studentenschaft der BRD zu spalten, also eine Pro-Regierungsfraktion zu bilden. Die Entwicklung unter den vietnamesischen Studenten seit der Unterzeichnung des Pariser Abkommens hatte nämlich der Botschaft zu großer Sorge Anlaß gegeben.

Frage: Man hat besonders in den letzten Tagen sehr viel über das Flüchtlingsdrama bei Danang und im Hochland gelesen. Warum diese panische Flucht von Millionen von Einwohnern?

Wie wir schon zu Anfang sagten und wie auch in Fernsehen und Zeitungen bestätigt wurde, ist ein Großteil der Bevölkerung zwangsevakuert worden. Man darf auch nicht vergessen, daß 30 Jahre Regierungspropaganda nicht ohne Wirkung geblieben sind und daß die Strategie der verbrannten Erde ein entscheidendes Mittel amerikanischer und Thieu-Politik war und ist, wenn es darum ging, Gebiete aufzugeben. Die Schaffung von "free fire" Zonen hat zehntausenden von Bewohnern dieser Regionen das Leben gekostet. Die US- und Saigoner Luftwaffe und Armee haben oft genug bewiesen, daß sie nicht nur gegen militärische Ziele vorgehen. Die alte Kaiserstadt Hue z. B. wurde erst bei der Rückeroberung durch US- und Saigoner Truppen nach der Tet-Offensive 1968 rücksichtslos zerstört. Die Konzentration der Bevölkerung in sog. Flüchtlingslagern ist Teil der Politik Thiens.

Man kann auch nicht leugnen, daß - ähnlich einem Schneeball-effekt - viele Leute einfach von vorbeiziehenden "Flüchtlingen" mitgerissen werden. 20 km weiter, erschöpft und wieder zur Besinnung gekommen, machten sie einfach kehrt.

Frage: Haben denn überhaupt Angriffe der Provisorischen Revolutionsregierung (PRR) auf Zivilbevölkerung, wie man dies ab und zu in der Presse lesen konnte?

Die FNL Soldaten haben schon sehr lange gekämpft, um die Unabhängigkeit und Freiheit unseres Landes zu verteidigen. Dieser Kampf war schwer und verlustreich. Es entstand bei ihnen das moralische Bewußtsein, einen Krieg für das vietnamesische Volk zu führen. Daher ist es absurd anzunehmen, die FNL kämpfe in diesem Befreiungskrieg gegen das Volk. Demgegenüber werden die saigoner Truppen mit Gewalt auf das Schlachtfeld getrieben. Sie haben keine Motivation für den Krieg außer ihrem eigenen Überleben. Zusammen mit dem amerikanischen Aggressor hat Thieu einen Widerspruch verursacht zwischen Freiheit und Demokratie.

In einer saigoner Zeitung haben wir gelesen, daß die Flüchtlinge auf einer Straße vom Hochland nach Süden zogen; dann kamen die Truppen der PRR auf derselben Straße ihnen entgegen. Still und diszipliniert kamen sie, um die Stadt zu übernehmen. Ein Übergriff fand nicht statt. Den Flüchtenden räumten sie den Weg frei und wichen Wagenkolonnen aus.

Die Luftwaffe des Thieu ist bekannt, nur auf "vermutliche Bewegungen" geschossen zu haben. Also auch häufig auf Flüchtlingsstrecks. Aus psychologischen Gründen werden solche diversen Attentate auch bewußt undurchsichtig durchgeführt und der PRR untergeschoben. Die westeuropäische Presse hat über dererlei Geschehnisse berichtet, keine dieser Meldungen ist jedoch bewiesen.

Flüchtlingsstrecks oder Schiffe wurden nicht angegriffen! Millionen Menschen wurden zwangsevakuiert. Diese Flüchtlingsstrategie, die dem Thieu-Regime moralische Vorteile und Soldaten bringen soll, stürzt das Volk in ein unsagbares Elend.

Einer von uns hat einen Brief von seinem Vater vom 20. März bekommen. Er ist Major in der Thieu-Armee. Obwohl er Grund hätte, die PRR zu fürchten, wollte er mit seiner Familie in Danang bleiben.

Frage: Was für eine Strategie verfolgt Thieu Eurer Meinung nach, wenn er große Gebiete räumen läßt und Zwangsevakuiierung anordnet?

Wir müssen feststellen, daß der "Verlust" von Provinzen nicht erst jetzt geschah. Schon zur Zeit der Unterzeichnung des Pariser Abkommens waren weite Landstriche in der Hand der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams (PRR). Thieu hatte von Anfang an versucht, das Pariser Abkommen (PA) zu sabotieren. Er bestrafte die Verbreitung des Textes des Pariser Abkommens in seinem Gebiet als Hochverrat. Er drohte, jeden erschiessen zu lassen, der von den im Abkommen verbrieften Recht der Freizügigkeit Gebrauch machen wollte und unternahm von Anfang an militärische Operationen gegen das von der PRR Südvietnams kontrollierte Gebiet. Nachdem Thieu mehrere Gebiete erobert hatte (das PA wurde am 27.1.73 unterzeichnet), erging am 8.10.73 von der anderen Seite der Befehl, zurückzuschlagen und den Status vom 27.1.73 wiederherzustellen. Da Thieu allerdings auch weiterhin das PA sabotierte und wieder militärische Mittel einsetzte, wurden die Ausgangsbasen seiner Streitkräfte angegriffen. Erst am 13.1.75 erhielt die Armee der Gegenseite den offiziellen Befehl, "überall dort anzugreifen, wo es für die Verteidigung der Interessen des Volkes und zur Verwirklichung des PA nötig ist." Thieu hatte sich selbst in diese Lage manövriert. Mitte März räumte Thieu drei Provinzen im Zentralen Hochland, d. h. eigentlich räumte er nur die von ihm gehaltenen Städte und Militärbasen. Einerseits war er durch einen Aufstand der Bergvölker gegen das Thieu-Regime dazu gezwungen, militärisch unhaltbare Positionen aufzugeben (der französische Journalist Paul Leandrie, der darüber berichtete, wurde von der saigoner Ausländer-Polizei vor der Hauptwache erschossen), andererseits die Aufmerksamkeit der USA, von der er glaubte, sie liefere ihm zu wenig Ausrüstung, zu erwecken. Daß ihm allerdings die Pferde durchgehen würden und er einige Wochen danach vor dem politisch-moralischen Zusammenbruch stehen würde, hatte er sicherlich nicht erwartet. Die Szenen des überstürzten Rückzugs, der Zersetzung des eigenen Regimes, sind mehr als deutlich zu sehen gewesen. Aber es war nicht ausschließlich der militärische Druck der Gegenseite, die ihm diese Maßnahmen aufzwingen, sondern die innenpolitische Lage, die Streiks und Demonstrationen der Schüler und Studenten, der Arbeiter und sogar seiner eigenen parlamentarischen Opposition, sowie die rasche Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, die

Korruption und der Verbrauch des größten Teils des Staatshaushaltes für Armee und Polizei, verhinderten eine Konsolidierung seines Regimes und eröffneten dem Zusammenbruch den Weg.

Frage: Im Zusammenhang mit dem Flüchtlingselend wird überall zu Spenden für Vietnam aufgerufen. Gelangen diese Spenden überhaupt an ihr Ziel, kommen sie der hungernden Bevölkerung zugute?

Bisher sind die Mehrzahl der angebotenen Hilfeleistungen in einem Wirrwarr von Korruption, Bestechung und dunkler Kanäle ziemlich sinnlos verpufft. Sogar die bundesdeutsche Botschaft in Saigon wird die in den letzten Tagen gesandten Hilfsgüter selbst verteilen, um sicher zu gehen, daß sie den vorgesehenen Empfänger erreichen. Überraschend ist auch, daß das Thieu-Regime, obwohl es ein Vielfaches der Hilfe erhalten hat, die die PRR und die DRV bekamen, nicht in der Lage war, diese nutzbringend anzuwenden! Es ist uns bewußt, daß es eine unpolitische humanitäre Hilfe eigentlich nicht geben kann. Hilfslieferungen in das saigoner Gebiet bedeuteten immer eine Stärkung der schwachen Position Thiους und eine Verlängerung des Krieges. Natürlich wollen wir damit nicht sagen, daß jede Hilfe nutzlos ist, aber es muß gewährleistet sein, wie vorhin schon angemerkt, daß jede geleistete Hilfe den unmittelbar Betroffenen zu Gute kommt. Die Flüchtlinge bzw. die hungernde Bevölkerung in den Städten Südvietnams muß mit dem Lebens notwendigen versorgt werden, ärztliche Hilfe tut not. Es gibt z. B. die Volksfront zur Rettung der Hungernden, von der man annehmen kann, daß die ihr zur Verfügung gestellten Mittel nutzbringend angewandt werden und nicht in dunklen Kanälen verschwinden. Hilfe darf nicht einseitig vergeben werden. Auch im Herrschaftsbereich der PRR ist Hilfe nötig.

Frage: Wie hat sich seit dem Pariser Abkommen die weitere Einmischung der USA in Südvietnam auf die Lage ausgewirkt?

Die USA haben nie aufgehört - wie im PA gefordert - sich in die inneren Angelegenheiten Südvietnams einzumischen. Über 20.000 "zivile" Berater unterstützen den Machtapparat Thiους. Die Polizei, die Armee und die Luftwaffe wurden und werden von Amerikanern ausgebildet und unterhalten. Ohne die massive militärische Unterstützung und Duldung der USA hätte Thieu nie das PA sabotieren können. Sie tragen die eigentliche Verant-

wortung an dem Elend, dem Morden, den Vergewaltigungen und den toten Soldaten. Wir nehmen nicht an, daß ein Schwenk um 180 ° in der US-Politik zu erwarten ist, aber wir sehen, daß auch die USA große innenpolitische Schwierigkeiten, nicht zuletzt aus Gründen ihrer Vietnampolitik, hat und hoffen daher und auch durch den Einfluß der Weltöffentlichkeit, einen positiven Schritt zur Lösung des Vietnamproblems absehen zu können. Thieu muß weg. Die Verwirklichung des PA, d. h. die Bildung eines Nationalen Rats der Versöhnung und Eintracht, die Garantie aller demokratischen Rechte sowie die Abhaltung freier Wahlen in Süd-Vietnam sind für uns der einzig gangbare Weg zur Verwirklichung des Friedens in Vietnam.

Frage: Warum diese Einmischung?  
 Antwort: Was ist doch das PA ein  
 Kissingers?

Für Amerika hat es zwei Wege gegeben. Einer war, weiter Krieg zu führen, was ein Ende wie in Kambodscha genommen hätte. Der zweite war, politische Verhandlungen zu führen, und das PA zu verwirklichen. Dazu wäre ein Sturz Thiens und eine neue verhandlungsbereite Regierung notwendig gewesen.

Die Amerikaner haben von Anfang an das PA unfreiwillig unterschrieben. Die USA wollten mit ihren Truppen raus aus Vietnam, nicht zuletzt unter dem Druck der Öffentlichkeit in ihrem Lande. Man vermutet, daß Thieu von den USA mehrere Millionen Dollar für seine Unterschrift bekommen habe.

Die Amerikaner waren immer gewillt, ihren Neokolonialismus in Vietnam weiterzuführen, das heißt die Amtsdauer von sechs verschiedenen Amerikanische Präsidenten.

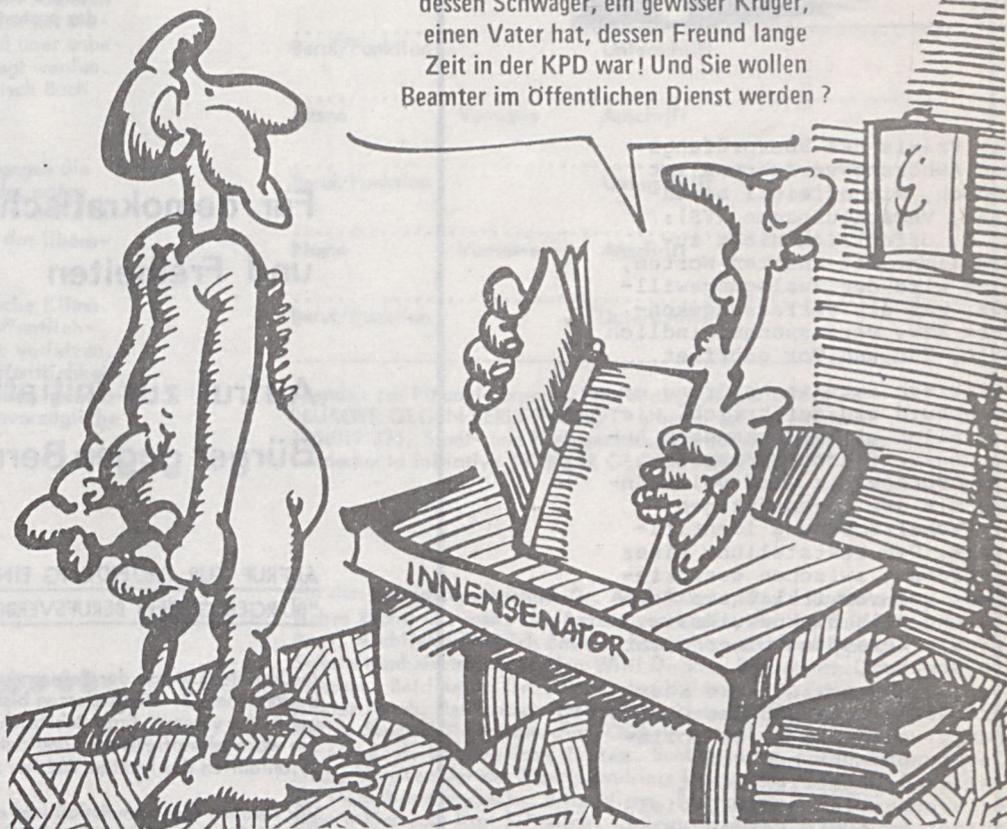
Es müssen alle Angestellten und Beamten dieser Hochschule vom Präsidenten, Professor, Verwaltungsangestellten bis zum Hilfsassistenten einen Personalbogen in zweifacher Ausfertigung ausfüllen. Ein Exemplar bleibt hier an der THD, das andere schickt der Präsident an das Kultusministerium, beim Kumi, wo sich dann alle Personalbögen aller Hochschulen ansammeln, holt sie der Verfassungsschutz ein und überprüft alle Kandidaten. (Soweit wir in Erfahrung bringen konnten in Darmstadt an der THD ab BAT V c, bei Hilfsassistenten wird argumentiert: die Hiwi-Entlohnung stelle ein Teilgehalt von A 13 dar. Damit wird auch diese Personengruppe "überprüfungsbedürftig".)

# Gesinnungsschnüffelei an der THD?

In der BRD ganz allgemein gibt es bereits eine Flut von Berufsverbotsfällen. Insbesondere Bayern und Baden-Württemberg führen diese Negativliste an. Auch in Hessen gibt es seit 1972 Fälle von Berufsverboten und Gesinnungsschnüffelei, was sich im Jahre 1974 intensiviert hat. Daß auch in Darmstadt diese "moderne Hexenjagd" Früchte getragen hat, beweisen mehrere Fälle wie zum Beispiel der Fall der Referendarin Heidi Robitsch-Klee, der Fall von zwei Dozenten an der FHS Darmstadt etc. Ganz still und Heimlich (oder auch "normal" in dieser Beziehung) hat die verfassungswidrige Gesinnungsschnüffelei als Vorläufer der Berufsverbotepraxis auch an der THD Eingang gefunden:

Was lese ich denn hier?

Sie haben sich am 27. März 1972 gegen 9.30 Uhr am U-Bhf. Wittenbergplatz mit einem gewissen Neumann unterhalten, dessen Schwager, ein gewisser Krüger, einen Vater hat, dessen Freund lange Zeit in der KPD war! Und Sie wollen Beamter im Öffentlichen Dienst werden?



Der Verfassungsschutz wählt dann die Bewerber aus, die einem sog. Anhörungs- bzw. Überprüfungsgespräch unterzogen werden. In Hessen ist bis jetzt die Zuhilfenahme eines Rechtsbeistandes zulässig. Bei Verweigerung von Auskünften, wird der Einstellungsantrag des Bewerbers jedoch nicht mehr weiterbearbeitet. Das äußerst Beunruhigende ist, daß die Hochschulleitung der THD diese verfassungswidrige Praxis der Behörden hinnimmt, ohne auch

nur die Spur von Bedenken öffentlich zu zeigen.

Was sagen die zuständigen Gesetze aus?  
 Hess. Beamtengesetz § 7 Abs. 1: In das Beamtenverhältnis darf nur berufen werden, wer ... 2. die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Verfassung des Landes Hessen eintritt.

Bundesangestelltentarif § 8 Abs.1:  
 „Der Angestellte hat sich so zu verhalten, wie es von Angehörigen des öffentlichen Dienstes erwartet wird. Er muß sich durch sein gesamtes Verhalten zur freiheitlich demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekennen.“



Die Praxis des Prüfungs- und Anhörungsverfahrens ist jedoch, wie offiziell bestätigt, Verschlussache (VS); d. h. öffentlich nicht zugänglich. Mit anderen Worten, hier wird der Auslegungswillkür, was als verfassungskonform bzw. verfassungsfeindlich gilt, Tür und Tor geöffnet.

Politisch ist die Anhörung absurd und gefährlich, wie aus allen bisher bekannten Anhörungsverfahren hervorgeht. Das Grundgesetz wird vollständig mit der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung identifiziert. Die Feststellung einer Diskrepanz zwischen geschriebener und verwirklichter Verfassung gilt als unzulässig. Wer sie behauptet bietet nicht die Gewähr ...

Wer jedoch speziell die Hess. Verfassung und auch das GG kennt, weiß, daß z. B. Sozialisierungsmaßnahmen von Schlüsselindustrien nicht verfassungswidrig sind, viel weniger noch die Forderung danach.

Umgekehrt sollte man nach dem Text des GG annehmen, daß das Berufsverbot eindeutig verfassungswidrig ist. (Art.33,3 GG "niemand darf wegen seiner Niemandem darf aus seiner Zugehörigkeit zu einem Bekenntnisse oder einer Weltanschauung ein Nachteil erwachsen").

Der DGB, die GEW sowie andere fortschrittliche Organisationen haben die Ministerpräsidentenbeschlüsse, die diese illegale Praxis begleiten bzw. einleiteten, eindeutig abgelehnt. Die richtige politische Einsicht, daß die Versuche politischer Disziplinierung in allen gesellschaftlichen Bereichen einen zentralen Angriff auf die vor allem von der Arbeiterklasse erkämpften demokratischen Rechte darstellen, muß für uns Studenten zur Folge haben, eben gemeinsam mit der im DGB organisierten Arbeiterschaft die Rechte zu verteidigen und zu erweitern.

An der THD haben sich bisher Verzögerungen bei der Einstellung ergeben. Von Anhörungen ist uns

noch nichts bekannt geworden; lediglich von der o.g. Überprüfung. Der ASTA der THD fordert alle Betroffenen auf, uns über ihre Erfahrungen zu berichten.

Weiterhin fordern wir die Hochschulleitung dringend auf, sofort öffentlich Stellung zu diesem Thema zu nehmen. Wir werden dieser Angelegenheit auf der Spur bleiben.

Der Asta der THD begrüßt die Initiative von dr. Azzola, Professor für öffentliches Recht an der THD, "Bürger gegen Berufsverbote". Das "Darmstädter Echo" hat aus politischen Gründen die Veröffentlichung dieses Aufrufes abgelehnt. Hier der Text:

Als die Nazis die Kommunisten holten,  
 habe ich geschwiegen;  
 ich war ja kein Kommunist.  
 Als sie die Sozialdemokraten einsperrten,  
 habe ich geschwiegen;  
 ich war ja kein Sozialdemokrat.  
 Als sie die Katholiken holten,  
 habe ich nicht protestiert;  
 ich war ja kein Katholik.  
 Als sie mich holten, gab es keinen mehr,  
 der protestieren konnte.

MARTIN NIEMÖLLER

## Für demokratische Rechte und Freiheiten

### Aufruf zur Initiative "Bürger gegen Berufsverbote"

#### AUFRUF ZUR GRÜNDUNG EINER INITIATIVE "BÜRGER GEGEN BERUFSVERBOTE"

In Darmstadt wurde der Referendarin Hedi Robitzsch-Klee nach bestandem 2. Staatsexamen bisher die Anstellung als Beamtin auf Probe versagt. Frau Robitzsch-Klee ist Mitglied der DKP. Sie war stellvertretende Kandidatin im Darmstädter Wahlkreis 49 anlässlich der letzten Wahlen zum Hessischen Landtag.

Wir nehmen dies zum Anlaß und erklären:  
 Wie viele andere Menschen in diesem Staat wird Frau Robitzsch-Klee rechtlich benachteiligt wegen ihrer Mitgliedschaft in einer legalen Partei und der rechtlich zulässigen Tätigkeit in ihr.

In dieser Diskriminierung sehen wir mehrfache Grundrechtsverletzungen. Denn unseres Erachtens garantiert das Grundgesetz, daß eine legale Handlungsweise nicht dadurch in ihrer rechtlichen Zulässigkeit verändert wird, daß sie im Rahmen einer legalen Partei (und/oder Organisation) geschieht. Daß die Mitgliedschaft in einer legalen Partei kein Anknüpfungspunkt für rechtliche Diskriminierungen durch die öffentliche Gewalt sein darf, wird von diesem Prinzip umfaßt.

\*\*\*\*\*

## KOLLEKTIV - BUCH , BÜCHERTISCH MENSA , DI.UND DO. 12-14 UHR

*Wir sind ein Kollektiv und machen keine privaten Profite.  
Als Hauptaufgabe haben wir uns gesetzt, sozialistische und  
sonst in Darmstadt kaum erhältliche Literatur anzubieten.*

## Aus unserem Angebot:

Miklós Haraszti "Stücklohn" 7,- DM  
Brot & Rosen Frauenhandbuch 1 6,- DM  
Karl-Heinz Roth "Die andere Arbeiterbew." 19.80 DM

Leila Khaled "Mein Volk soll leben " 12.80 DM  
Harald Wieser Schulkampf 5,- DM

*Wir liefern aktuelles Informationsmaterial zu Fragen der  
Hochschulpolitik, Arbeiterbewegung, Ökonomie und Pädagogik.*

\*\*\*\*\*

Zu den verletzten Grundrechten gehören die Verbote politischer Diskriminierung, die in Art. 3 Abs. 3 und Art. 33 Abs. 2 und 3 GG niedergelegt sind sowie die Meinungsfreiheit als Betätigungsrecht. Die politische Vereinigungsfreiheit ist zumindest in Frage gestellt.

Wir wenden uns nicht nur gegen diese äußerste Konsequenz grundgesetzwidrigen Verhaltens der Exekutive sondern zugleich auch gegen die Begleitumstände und Begleiterscheinungen dieser modernen Hexenjagd, insbesondere dagegen, daß über unbescholtene Bürger massenhaft geheime Dossiers angelegt werden. Hierin wird über die Gesinnung von Menschen politisch Buch geführt.

Dies gilt in diesem Staat offenbar nicht als Verstoß gegen die Würde des Menschen, die doch nach dem Wortlaut des ersten Artikels unserer Verfassung unantastbar sein soll. So tritt die Inquisition wieder auf den Plan; diesmal im Gewande des liberalen Rechtsstaates

Diese Vorgänge bestimmen und verändern das politische Klima in unserem Land. Sie bedrohen die demokratische Öffentlichkeit, indem sie die verfassungsrechtlichen Prinzipien verletzen, die die Existenzgrundlage für eine demokratische Öffentlichkeit darstellen. Diesen Gefahren wollen wir entgegentreten, gemeinsam und solidarisch. Deshalb fordern wir jetzt die unverzügliche Einstellung von Hedi Robitzsch-Klee.

Darmstadt, im März 1975

-----  
ICH SCHLIESSE MICH DIESEM AUFRUF AN:  
(Bitte einsenden an Dietrich Boekle, 61 Darmstadt-Eberstadt,  
Gabelsberger Straße 21)

.....  
Name Vorname Anschrift

.....  
Beruf/Funktion Unterschrift

.....  
Name Vorname Anschrift

.....  
Beruf/Funktion Unterschrift

.....  
Name Vorname Anschrift

.....  
Beruf/Funktion Unterschrift

-----  
Spenden zur Finanzierung und Fortführung unserer Initiative  
"BÜRGER GEGEN BERUFVERBOT" erbeten auf das Konto:  
105 019 335, Stadt- und Kreissparkasse Darmstadt, Empfänger:  
Sonderkonto Initiative "BÜRGER GEGEN BERUFVERBOT".

Für den Gründungsausschuß: Dr. Axel Azzola, Prof. für Öffentliches Recht; Dr. med. Ute Azzola van Lessin, Ärztin; Philipp Benz, Architekt; Dietrich Boekle, Komponist; Michael Braun, Schullehrerbeiratsvorsitzender; Willi Decker, Betriebsrat; Otto Eidmann, Betriebsrat; Dr. Hans-Heinz Heldmann, Rechtsanwalt; Heiner Jacob, Betriebsratsvorsitzender; Heinrich Krobach, stellv. Stadtschülerratssprecher; Godwin Kunkel, Oberstudienrat, Mitgl. d. Landesbeirats d. Hess. Schülervertr.; Ernst Ludwiga Laux, Vorsitzender des Stadtjugendrings Darmstadt, Mitglied des DGB-Kreisvorstandes; Fritz Niems, Betriebsrat; Prof. Dr. Renate Riemeck; Karl Schreiber, Kreisvorsitzender der VVN - Bund der Antifaschisten; Immo Ströher, Psychologe; Werner Weismantel, Redakteur.

(Die Funktionsbezeichnungen dienen lediglich der Information über die Gründungsmitglieder der Initiative.)

# Die Hochschulen werden dichtgemacht

Die Kultusministerkonferenz bereitet mit internen Vorlagen, d. h. unter Ausschluß der Öffentlichkeit, Maßnahmen vor, die die Demontage der schulischen und universitären Ausbildung zur Folge haben. Diese Maßnahmen sollen ab 1977 als Erlasse durchgesetzt werden. In dieser Vorlage, die von der Zeitung der GEW, "Erziehung und Wissenschaft" auszugsweise veröffentlicht wurde, fehlt auch der zarteste Hauch eines Anspruchs auf Reform im Gegenteil. Der Kommentar der GEW-Zeitung sagt zum Inhalt dieser Vorlage: "Wir haben zu viele und zu gut ausgebildete junge Menschen in diesem Land - vor allem im akademischen Bereich. Den vielen wird der Zugang zu besserer Ausbildung verbaut, die mehr relative Arbeitsplatzsicherheit bedeutet (die Untersuchung der Arbeitslosenzahlen beweist das), Zugang zu selbständigem Arbeiten und höherem Gehalt eröffnet und damit Vergabestelle für soziale Chancen ist." (Erziehung und Wissenschaft Nr.5, 1.3.75)

Das Papier enthält folgende Maßnahmen:

1. "Verbesserung" des "Ausleseverfahrens"

Durch die Einführung von Normbüchern und einer Rahmenprüfungsordnung für alle Gymnasialoberstufen, die die Einheitlichkeit des Abiturs garantieren soll. Ein ganzes Paket solcher Normbücher ist schon fertig. Fazit: die Lehrerfreiheit der Lehrer wird abgeschafft, reines Pauwissen ersetzt selbständiges Lernen, soweit es an den Schulen noch besteht.

2. Das 13. Schuljahr wird abgeschafft

Der Vorschlag, er kommt aus Nordrhein-Westfalen, sieht die Umgestaltung des 13. Schuljahres vor. Danach soll die Abiturprüfung an das Ende des 12. Schuljahres verlagert, jedoch als Hochschulzugangsberechtigung erst wirksam werden, nachdem im 13. Jahr entweder ein (theoretisches Studienvorbereitungsjahr am Gymnasium oder ein Praktikumjahr absolviert worden ist.

3. Die Spezialisierung und Berufsorientierung beginnt schon in der Schule, NC schon am Gymnasium!

Die Noten der einzelnen Fächer werden - nach den Modellen in Baden-Württemberg, Bayern und Schleswig-Holstein - verschieden gewichtet, je nach gewünschter

Studienrichtung. Der Zugang zur Sekundarstufe II soll vom Bestehen einer Eingangsprüfung abhängig gemacht werden.

4. Ein Ergänzungsstudium während der Wartezeit wird abgeschafft

Das Studium in einer anderen Fachrichtung wird nicht mehr auf die Wartezeit angerechnet. "Nur eine Berufsausbildung nach dem Berufsausbildungsgesetz oder eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit (soll) auf die Wartezeit angerechnet werden."

5. Tests für die Selektion

Es wird zwar festgestellt, daß es "Tests mit Prognosewert für den Studien- oder Berufserfolg in einem bestimmten Einzelberuf derzeit nicht gibt und die Möglichkeit ihrer Entwicklung unstritten ist", trotzdem erscheint es der Arbeitsgruppe "erfolgsversprechend, aus einzelnen Teilen des von der Studienstiftung bereits entwickelten 'Tests der akademischen Befähigung' weitere Tests zu entwickeln, die für größere Gruppen verwandter Studiengänge spezifischen Prognosewert haben."

6. Aufbau- und Zweitstudium werden abgeschafft

Die Hochschulzugangsberechtigung soll daher für Fächer mit Zulassungsbeschränkungen grund-

sätzlich als verbraucht gelten, sobald ein erster berufsqualifizierender Studiengang abgeschlossen ist." ... "Das gilt insbesondere auch für Absolventen der Fachhochschulen. Dabei verkennt die Arbeitsgruppe nicht, daß ein völliger Ausschluß des Wechsels von der Fachhochschule zur wissenschaftlichen Hochschule auf Dauer nur dann vertretbar erscheint, wenn es zugleich auch gelingt, die Attraktivität der Fachhochschule zu gewährleisten. Hierzu könnte eine Diplomverleihung an Absolventen von Fachhochschulen beitragen."

7. Bafög für Zweitstudium soll ganz abgeschafft werden

"Die Förderung eines Zweitstudiums nach dem Bafög, die inzwischen auf Darlehen umgestellt ist, sollte völlig entfallen."

8. Der Wechsel des Studienfachs wird eingeschränkt

"Die Hochschulzugangsberechtigung soll daher für Fächer mit Zulassungsbeschränkung auch als verbraucht gelten, wenn der Wechsel der Studienrichtung später als nach der Zwischenprüfung oder - wo eine solche nicht vorgesehen ist, später als nach dem 3. Semester erfolgt."

9. Fachhochschulabschluß entspricht nicht mehr der Hochschulreife

Im Papier der Arbeitsgruppe werden zwei Vorschläge genannt, der eine sieht die Abschaffung der bisherigen Fachhochschulreife vor.

10. Die Fachhochschulen werden dichtgemacht

Hochschulzugangsberechtigung für die bisherigen Fachhochschulstudiengänge wird die bisherige allgemeine Hochschulreife.

11. Der Hochschulzugang nach dem Grundstudium an den Fachhochschulen

"Die Berechtigung zum Studium an einer wissenschaftlichen Hochschule nach dem Grundstudium soll entfallen. In integrierten Studiengängen an Gesamthochschulen, wie sie in Nordrhein-Westfalen eingeführt sind, soll am Ende des Grundstudiums eine Prüfung für Stu-



★ TK heißt Techniker-Krankenkasse ★

TK-Information für Studenten technischer und naturwissenschaftlicher Fachrichtungen:

# Voller Kranken- Versicherungsschutz sofort für monatlich 16,- DM ohne Nachweis eines Jobs.

Außerdem: Studenten-Familien zahlen monatlich nur 18,- DM.

Bei uns ist jeder Student einer technischen oder naturwissenschaftlichen Fachrichtung (Architektur, Biologie, Chemie, Ingenieurbau, Maschinenbau, Mathematik, Physik usw.) versicherungsberechtigt. Ein Nachweis z. B. als Werkstudent ist bei TK nicht erforderlich!

TK-Leistungen kann sich jeder Student leisten.

TK-Leistungen sind Höchstleistungen. Auf allen Gebieten. Wir garantieren sofortigen Versicherungsschutz. Und ganz wichtig: Bei TK gibt es keine Wartezeiten, Vorerkrankungen werden eingeschlossen und die Semesterzahl ist nicht begrenzt.

Wenn Sie sich für die TK interessieren, wenden Sie sich bitte an eine unserer Geschäftsstellen in Ihrer Nähe.

## TECHNIKER- KRANKENKASSE

Ersatzkasse für die technischen Berufe

6100 Darmstadt 1

Saalbaustraße 11

Tel.: (0 6151) 2 63 58/59

und ☎ 2 63 59

denen mit Fachhochschulreife eingeführt werden ... Kann eine Berechtigung zum Studium an einer wissenschaftlichen Hochschule nach dem Grundstudium nicht vollständig ausgeschlossen werden, muß der Erwerb der Berechtigung zum Studium an der wissenschaftlichen Hochschule zumindest von folgenden Bedingungen abhängig gemacht werden": Es soll eine förmliche Prüfung abgelegt werden, das Studium an der wissenschaftlichen Hochschule darf nur im gleichen oder in verwandten Fachrichtungen möglich sein, und es soll "von einem sehr hohen Notendurchschnitt abhängig" gemacht werden.

So bereitet die Kultusministerkonferenz auf Umwegen über Verordnungen und Staatsverträge die Durchführung der Maßnahmen des HRG vor. Die Studenten können diese Angriffe nicht widerstandslos hinnehmen. Dieser Widerstand ist möglich, denn er reiht sich ein in die Kämpfe der arbeitenden Bevölkerung, die nicht bereit ist, die Krise dieser Gesellschafts-

ordnung zugunsten einer kleinen Minderheit von Kapitalisten zu bezahlen. Gerade der Streik der Metallarbeiter in Nordrhein-Westfalen, der unter den Losungen "Sie sind gegen jegliche Reform ... Sie sind gegen eine bessere Berufsausbildung. Wir werden ihr Lohn-diktat brechen." (Flugblatt der Bezirksleitungen der IGM von Essen, Hagen, Köln und Münster) geführt wurde, hat das deutlich gemacht.

Der Kampf gegen die Zerstörung unserer Ausbildung entzündet sich an tausenden von einzelnen Verschlechterungen an Fachbereichen, Wohnheimen usw. Aufgabe von AstA und VDS ist es, diese Kämpfe zu vereinen und einen bundesweiten Ausdruck zu geben.

Diese Einheit ist notwendig, um die Freiheit der Forschung und Lehre das Recht auf ein wissenschaftliches Studium für alle den freien Zugang zu allen Bildungseinrichtungen die materielle Absicherung des Studiums unsere Interessensorgane

AstA, Fachschaften, VDS und SVI zu verteidigen. Gegen die Herstellung dieser Einheit richten sich die Angriffe reaktionärer Gruppen an der Hochschule und Kultusministerien, die die Zwangskörperschaft und die Rechtsaufsicht ausnutzen, um unsere Interessensorgane zu lähmen oder zu zerschlagen. Diese Einheit darf aber auch nicht daran scheitern, daß sich die Führungen der politischen Studentenorganisationen streiten. Die demokratischen Prinzipien müssen innerhalb unserer Interessensorgane von allen respektiert werden. Die Gründung des neuen Dachverbandes der Studentenschaften der Hoch- und Fachhochschulen ist daher eine Notwendigkeit. Nur er bietet die Möglichkeit, die Interessen aller Studenten bundesweit zu vertreten. Der AstA der THD wird auf der 1. ord. MV des neuen Dachverbandes dafür eintreten, eine Kampagne gegen die Maßnahmen von HRG und KMK-Papier zu organisieren.

# Achtung Erstsemester!

Erstsemester, herzlichen Glückwunsch zu Eurem Studienplatz!

Ihr seid jetzt dem NC entronnen oder Ihr habt ihn überwunden. Ihr könnt nun ohne Schwierigkeiten Studieren! - meint man. Ihr seid hier, um Euch bestmöglich auf Eure berufliche Tätigkeit vorzubereiten. Das heißt doch selbstverständlich: Ihr wollt Wissen erwerben. Da Ihr jedoch nicht beurteilen könnt, was wichtig ist - oder warum sonst? - schreiben Euch Prüfungsordnung und Prüfer genau vor, womit Ihr Euch zu beschäftigen habt. Offensichtlich ist nicht erwünscht, daß Ihr selbst Euch gemeinsam mit allen betroffenen Leuten überlegt, was sinnvoll und notwendig gelernt werden muß. Ihr habt doch bestimmte Interessen und Vorstellungen, die der Stoff des Studiums und damit auch der Prüfungsinhalt berücksichtigen muß.

Welchen Sinn haben denn nun Prüfungen, deren Inhalt von einigen wenigen "Fachleuten" festgelegt wird? Die einen sie der Überprüfung eigener Leistungen? Wir meinen, daß "Prüfungen instabile Leistungen messen, ausschließlich auf den Zeitpunkt der Prüfung hin gelernt, wenig später zu Ruinen zusammenfallen." (Zitat aus "Analysen" 1/75, Hrsg. Arbeitsamt) Sind einige wenige Fachleute überhaupt kompetent, sinnvolle Prüfungsinhalte festzusetzen? Wir meinen: Nein. Zwischen Ausbildung und Ende der

Berufszeit liegt ein langer Zeitraum. Einzelne Professoren können und wollen wohl auch gesellschaftliche Veränderungen gar nicht voraussehen. Sie sind deshalb auch nicht in der Lage, sinnvolle Prüfungsinhalte festzulegen. Sie können es doch? Was müssen wir denn lernen? Wir müssen überwiegend Zahlen und Formeln lernen, die schnell veralten. Langfristig bleibende Qualifikationen (das Lernen lernen z.B.) sind bei uns jedenfalls ganz selten Lehr- und Prüfungsinhalte. Vorgegebene Ziele müssen auf vorgegebene Weise erreicht werden. Nicht einige wenige, sondern sehr viele Leute müssen gemeinsam Entwicklungsrichtungen bestimmen. Da n a c h lassen sich dann auch sinnvolle Lehr- und Prüfungsinhalte gemeinsam von allen Betroffenen festlegen.

Bis jetzt entscheidet vielfach ein einziger Professor nach zwar "fachlichem" aber eigenem Gutdünken in unangefochtener Machtvollkommenheit über den Prüfungsstoff (wie nachzulesen in Prüfungsordnungen, nur ganz grob festgelegt) und damit über den Studieninhalt. Zitat eines TH-Professors: "... Darüber beschweren sich meine Studenten schon seit 15 Jahren ...". Aufgrund dieser Tatsache können wir mit "Analysen" feststellen, "daß in vielen Fächern kein fester Zusammenhang besteht zwi-

schen den von der Lehre, etwa in Vorlesungen und Kursen, bewirkten Lernfortschritten und den formulierten Ausbildungszielen. "Die unübersehbare Lücke" zwischen Lernfortschritten und formulierten Ausbildungszielen hat der Student in Eigenverantwortung durch Selbststudium zu füllen" - so steht's in "Analysen" 1/75. Unserer Ansicht nach ist die Lücke nicht unübersehbar, sondern übersehbar. Auf der einen Seite der Lücke stehen lediglich dem Wort nach geäußerte Forderungen. Zum Beispiel: Die Forderung, daß "der Werdegang der Individuen (aus denen sich ja die Gesellschaft zusammensetzt) niemals abgeschlossen sein darf" (aus einer Rede von A.J. Greiner, Vorsitzender der Geschäftsführung der Rank Xerox GmbH). Forderungen wie nach § 8 HRG-Entwurf: "Lehre und Studium sollen die Studenten auf ein berufliches Tätigkeitsfeld vorbereiten und ihnen die dafür erforderlichen Fachkenntnisse und Methoden so vermitteln, daß sie die Fähigkeit zu wissenschaftlich-kritischem Denken und zu wissenschaftlicher oder künstlerischer Arbeit erwerben." Forderungen wie nach § 23 HRG-Entwurf: In die Forschung sollen auch die Folgen einbezogen werden, die sich aus der Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse ergeben können.

Was steht auf der anderen Seite der Lücke? Eine berufliche Praxis, bestimmt davon, daß wir vorgegebene, spezialisierte und damit kleine und immer wiederkehrende Aufgaben lösen sollen, Ingenieure sind bei Beginn einer Konstruktionsaufgabe vorgegeben:

- Eingangsdaten
- Kosten
- schon sehr oft die Zeit, in der sie die Aufgabe lösen müssen
- über die weitreichenden Folgen einer Konstruktion dürfen sie nachdenken, Einfluß haben sie kaum (Ingenieure sind meist im "Stab", entscheiden tut die "Linie")

Die überschaubare Lücke also hat der Student in Eigenverantwortung durch Selbststudium zu füllen, wenn sich die Studieninhalte nicht ändern lassen. Versucht es, eignet sich außerhalb der technokratischen Lern- und Prüfungsinhalte an langfristige Qualifikationen an. Der unter Studenten vielgeübte Satz: "Na, ich bin halt eben nicht gut genug", trifft nicht zu. Darin drückt sich wohl Resignation gegenüber festgelegten und uns wenig zugutekommenen Prüfungsinhalten aus. Bis jetzt dienen akademische Prüfungen wohl der Statuszuweisung (Erkenntnis aus "Analysen" 1/75). "Den Ausgebil-

deten werden oft soziale Kompetenzen zugewiesen, die sie während ihres Studiums nicht hatten." Soziale Kompetenzen - die "Fähigkeit", andere zu beaufsichtigen z. B. - erhalten die Ausgebildeten dadurch, daß sie "aus dem Mahlprozeß der schweren Prüfung, der Mutprobe, nach der sie ihre Unterlegenheitsgefühle als hinfällig erleben, mit dem Selbstbewußtsein des Akademikers hervorgehen." Neben dem offiziellen Prüfungsstoff werden andere Aspekte mitgeprüft (s. a. Analysen). Die mangelhafte Transparenz dieser anderen Prüfungsinhalte stellt eine Unterdrückung dar, da diese Prüfungsinhalte nicht öffentlich diskutiert werden können. Es muß allgemein bekannt sein, was für Eigenschaften geprüft werden, so daß die Öffentlichkeit über die Notwendigkeit ihrer Beibehaltung oder Abschaffung befinden kann. Es drängt sich der Verdacht geradezu auf, daß z. B. die Fähigkeit, Unsicherheit, Angst und Streß zu überwinden, mitgeprüft wird. Je besser einer darüberhinaus den vorgegebenen Anforderungen genügt, d. h. je besser er sich anpaßt, desto besser steht er da. Die "heimlichen Prüfungsinhalte" machen es möglich, daß soziale Schranken ungehindert weiterbestehen. "Analysen": Im Zustand der Heimlichkeit begünstigt diese "Charakterprüfung" je-

denfalls nur den von Hause her ausgelesenen Elitenachwuchs, während er den Arbeitern z. B. die demokratische Chance anzukommen erschwert." Laut Analysen 5/74 liegt die Aufgabe der Universität darin, qualifizierte Arbeitskräfte in möglichst kurzer Zeit auszubilden. Durch die steigenden Studentenzahlen wird es möglich, daß Versager zu einkalkuliertem Ausschuß gemacht werden. "Am Beispiel der Versager verstärken sich aber auch Zweifel an Zielen und Methoden eines Systems, dem mehr an der Ausbildung spezialisierter Experten als an kritischen Akademikern liegt, die die Interessen der Gesamtbevölkerung reflektieren und gesellschaftlich notwendige Veränderungen - gemeinsam mit allen Arbeitern und allen anderen Angestellten - in sinnvoller Weise durchsetzen können."

Benutzte Quelle: Zeitschrift "Analysen", Herausgeber: Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg. Heft Nr. 1, Jan. 1975; Artikel von Helmuth Zenz: "Die Not der Notengeber - über Objektivität, Zuverlässigkeit und Gültigkeit des akademischen Prüfungsrituals" Heft Nr. 5, Mai 1971; Artikel von Heiner Hellmann und Wolfgang Neumann: "Aus der psychotherapeutischen Beratung für Studierende: Woran Studenten scheitern - Zum Beispiel Leistungsstörungen und Leistungsveragen."

# Rotbuch Verlag:

Das kleine Rotbuch anfordern! Sie erhalten es kostenlos! 64 Seiten mit Texten zu und aus den Rotbüchern/Kursbüchern, Fotos, Comics, Informationen über den Verlag und unsere kollektive Arbeit sowie ein vollständiges Bücherverzeichnis.

**Rotbuch Verlag**  
Berlin 31  
Jenaer Straße 9

## Rotbuch 126: Heiner Müller Geschichten aus der Produktion 2

Der zweite Band der »Geschichten aus der Produktion« handelt von der Produktion von Menschlichkeit im Klassenkampf. Der Band enthält die drei Stücke »Traktore«, »Prometheus«, »Zement« und außerdem eine »Liebesgeschichte«, das Gedicht »Bilder bedeuten alles im Anfang« und Kommentare zum »Traktore«-Fragment. - »Wer wissen will, was in der DDR besser ist als bei uns und was schlechter und warum, muß Müller lesen.« (Der Spiegel)  
136 Seiten. DM 8.-

## Rotbuch 128: Pellizzi, Mali+Werner Bernie der Milliarden- flipper

Ein tragischer Comix aus der Hochfinanz.

In diesem Buch wird Bernhard Cornfeld gefeiert, einer der unvergänglichen Helden der westlichen Welt. Sein Lebenswerk war der IOS-Schwindel, mit dessen Hilfe Bernie, der aus der Blüte des amerikanischen Mittelstandes stammt, dem Mittelstand aller Länder das Geld aus der Nase zog. - Ein Lehrstück über die Mechanismen des internationalen Kapitalmarkts, ein Märchen vom Aufstieg des kleinen Mannes und seinem unvermeidlichen Reifall, eine Moritat, deren Spuren bis ins Weiße Haus reichen.  
96 Comic-Seiten. DM 8.-



## Rotbuch 121: Glyn/Sutcliffe Die Profiteklemme

Arbeitskampf und Kapitalkrise am Beispiel Englands.

Wie kommt es zum drastischen Fall der Profitrate? Wird der Kapitalismus dadurch in seiner Existenz bedroht? Was tun Kapital und Regierung dagegen? Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für den Kampf der Arbeiter und Gewerkschaften, nicht nur in Großbritannien?  
192 Seiten. DM 8.- (im Abo: 7.-)

## Roter Kalender 1975 für Lehrlinge und Schüler

Taschenkalender mit Adressen, historischen und aktuellen Daten, Ferienterminen, vielen Comics und Fotos, linksistiger Literatur, Berichten und Artikeln über Schnaps und Schtons, Bundeswehr und Lehrlingsausbildung, Kumis und NC, Hauserkampf, LIP, Chile, Nixons Ende, Jugendzentren, Beruferaten ohne Robert Lembke und vielen Sachen mehr. Hält ein ganzes Jahr durch. Kostet 3 Mark

## Rotbuch 124: Bahman Nirumand (Hg.) Feuer unterm Pfauenthron

Verbotene Geschichten aus dem persischen Widerstand.

Wie sieht der Lebenslauf eines Jubelpersers aus? Wie reagieren Arbeiter nach ihrem ersten Streik, wenn ihr Delegierter von der Geheimpolizei abtransportiert wird? Wie wird ein totgesagter General lebendig und wieder tot? Texte, die solche Fragen stellen, sind in Persien populär und deshalb verboten. Ihre Autoren werden verfolgt. Dies Buch stellt zum ersten Mal progressive Literatur des Iran und des Nahen Ostens vor.  
96 Seiten. DM 6.-

## Rotbuch 119: Alberts/Klinger Ludwig/Peter Mit IBM in die Zukunft

Berichte und Analysen über die »Fortschritte« des Kapitalismus.

IBM, der technisch und sozialtechnisch am weitesten fortgeschrittene Konzern, gilt als Paradebeispiel für »menschlichen Kapitalismus«. Das Buch widerlegt diese Legende und weist in die Zukunft. An IBM kann man schon heute die Probleme studieren, die in den nächsten Jahren auf die abhängig Arbeitenden zukommen werden.  
112 Seiten. DM 6.- (im Abo: 5.-)

# FH - Chemiestudenten: vom Regen in die Traufe

VON FH-CHEMIKERN EINE KURZE INFORMATION  
ÜBER IHRE Studiensituation -  
HIER RÄUMLICHKEITEN

Im folgenden Text soll in einem geschichtlichen Abriss die "Entwicklung des Fachbereichs Chemie der FH" geschildert werden: Vorweg gesagt, auch heute noch, 1975 sind 2/3 der Chemie-Studenten (300) in den Räumen des ehemaligen Wehrlazarett untergebracht (Hauptgebäude, 2 Holzbaracken, bzw. Aufenthaltsraum und großer Hörsaal, 1 Laborgebäude mit "Vorlesungssaal" ca. 50 qm)

Bereits 1954 als die chemotechnische Fachschule (Wehrlazarett) vom Land Hessen übernommen wurde, stand fest, daß auf die Übernahme dieses Provisoriums ein Neubau folgen mußte. - Geplant aber nicht ausgeführt wurden Bebaude mit einer Nutzfläche von 7.000 ja sogar 8.000 qm.

Bis 1963 - keine Änderung der Raumsituation. 1963 sollte im Parkgelände der Eschollbrückerstr. ein Neubau für die Chemie-Studenten errichtet werden. Durch Einspruch des anliegenden Katasteramtes platzte dieses Vorhaben.

66/67 sollte in der Nähe des FTZ (Fernmelde-techn. Zentralamt) auf einem schon vorhandenen Bauplatz ein Chemie-Neubau entstehen. Das Vorhaben wurde abgelehnt, weil der Bau nicht in das Programm einer Gesamthochschule paßt! - Rächtfertigt die reine Idee einer Gesamthochschule, daß Studenten über Jahre hinaus unter schlechten Bedingungen studieren müssen?

1972 wurden endlich 300.000,- DM für die Planung! eines Chemie-Neubaus auf der Lichtwiese im Rahmen einer Gesamthochschule ausgegeben. Durch Protest der TH wurden die Räume dann so gebaut, daß sie ausschließlich für deren Nutzung brauchbar waren. Geplante Um- und Anbauten unserer alten Räume wurden wegen zu hoher Kosten abgelehnt.

1974 wurde ein geplanter Umzug in die TH wegen zu hoher Kosten (doppelt so viel wie geplant) wieder verschoben.

1975 Der uns lang versprochene Umzug in die alten Gebäude der TH begann. Für den Umbau und die Renovierung der Gebäude wurden nach langem hin und her zwischen Kumi und Baubehörde ca. 8 Mill. freigegeben.

Doch die Ära des alten Wehrlazarett scheint noch nicht vorbei zu sein, denn auch hier wurden sage und schreibe 50.000 DM für die Renovierung der, zum Teil dem Zusammenbruch nahen Gebäude, bereitgestellt um dort den Fachbereich Sozialpädagogik unterzubringen.

Den Studenten des FB Sozialpädagogik wurde dieser Umzug bereits von Rektor Geil mit den schönsten - leider etwas illusionären Bildern - ausgemalt. - Im Sommer kann in den wirklich schönen, zwischen Katasteramt und Hauptgebäude gelegenen Park gelustwandelt werden. Bloß - wo und wie entstehen die gerade von Soz.-Päd. benötigten mehreren und vornehmlich kleineren Seminarräume?

Doch zurück zum FB - C:

Immer und immer wieder wurden den Chemie-Studenten versprochen, daß der Umzug in TH-Räume endlich die schon zur Gewohnheit gewordenen Raumnöte beendet und wir Praktika in sicheren Gebäuden haben werden.

(Wegen Baufähigkeit wurden schon Praktika in der Chemie geschlossen.)

Für alle Räumlichkeiten waren 8.000 m<sup>2</sup> vorgesehen - allerdings wurden gleich 3.500 m<sup>2</sup> gestrichen, womit sich die Fläche auf 4.500 m<sup>2</sup> reduzierte. Davon gehen allerdings wieder ca. 1.000 m<sup>2</sup> für Dozenten Zimmer u. ä. ab = 3.500 m<sup>2</sup>.

Fazit : geplante 8.000 m<sup>2</sup> bekommen  
3.500 m<sup>2</sup>

Die "neuen" TH-Räume bestehen aus 1 Hörsaal für ca. 100 Studenten, einem umgebauten Orchestersaal mit antiquierten Schreibtischen (Tische existieren nicht) und einigen kleinen Seminarräumen.

In der Eschollbrückerstr. haben wir 12 m<sup>2</sup> pro Studenten - vorgesehen in der TH ebenfalls 12 m<sup>2</sup>, durch Streichen reduzierte sich die Fläche pro Student auf 9 m<sup>2</sup>.

Ein Ereignis, das vielleicht etwas über die so gerühmte Qualität der neuen Räume aussagt:

In der Woche vom 31. 3. bis 3. 4. 75 fiel eine sich von der Decke gelöste 2-3 kg schwere Lampe in "neuen" grossen Vorlesungsraum A 114 (TH) auf den Boden.

Der Zufall wollte es - sie traf keinen der in diesem Vorlesungssaal sitzenden Studenten.

Doch nun noch ein weiterer Aspekt unseres Umzuges:

Stutzig wurde der Fachschaftsrat als FB-Leiter Hörig sich plötzlich vor der Presse usw. Studentenfreundlich gab, und sich für unsere Belange stark einsetzte. Das dicke Ende kam! Denn zufällig fielen bei der Streichung die Fachschaftsräume dem Rotstift der Planer zum Opfer. Aber jeder Dozent hat natürlich sein Zimmer. Durch Wegfall des Fachschaftsbüros und Aufenthaltsraumes ist die Fachschaftsarbeit und die Kommunikation unter den Studenten stark eingeschränkt. Dies bedeutet eine Beeinträchtigung der uns rechtlich zugesicherten (Verfaßte Studentenschaft) Arbeitsmöglichkeiten. Auch wir sind natürlich für einen Umzug, der die Studienbedingungen verbessert, aber nicht für einen solchen, der nutzbare Fläche reduziert und der dadurch nutzlos Millionen von Steuergeldern verschlingt.

Es zeigt sich an diesem Beispiel des FB-C in aller Deutlichkeit, daß unser Bildungssystem immer noch ein Klassensystem ist, wie die unterschiedlichen Aufwendungen von finanziellen Mitteln für FH und TH-Studenten verdeutlichen: FH zieht in Altbau; TH ist in großzügig angelegten Räumen untergebracht. Der Umzug, der lange Zeit als Lösung für die Probleme der Studenten des FB C angepriesen wurde, erwies sich wie so viele Reformen als Augenwischerei. Trotz des Umzuges bleiben die Schwierigkeiten - Raumnot - prinzipiell bestehen.

Fachschaftsratsstermin: Mo u. Do 13.20 Uhr

Basisgruppentermin: Mo 17.00 Uhr

Eschollbrückerstr. 27 (Katasteramt)

# VDS/SVI Bericht vom Gründungskongress des gem. Dachverbandes

Ein Bericht über die 27. ord. Mitgliederversammlung (MV) des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) (Mitglieder sind alle Studentenschaften außer Bayern und West-Berlin der Hochschulen und Universitäten der BRD) und die Gründungsversammlung des neuen gemeinsamen Dachverbandes von VDS und SVI (Dachverband der Fachhochschulen der BRD)

Geplant waren insgesamt drei Veranstaltungen, die 27. ord. Mitgliederversammlung, der Gründungskongress des neuen Dachverbandes (800.000 Studenten der BRD) und dessen erste ordentliche MV sowie die Weiterführung der 27. o. MV. Tagungsort war Düsseldorf.

Zu Beginn während der 27. oMV mußte zunächst auf das durch Landesgesetz erfolgte Verbot der bayrischen ASten reagiert werden. Zum Verständnis: Am 1.10.1974 trat in Bayern das neue bayrische Hochschulgesetz in Kraft, in dem ASten, Studentenparlamente und Fachschaftsräte nicht mehr vorgesehen waren, vorhandene mußten aufgelöst werden. An Stelle dieser unabhängigen gewählten Interessenvertretungen der Studenten setzte CSU-Kultusminister Maier sog. "Sprecherräte", die aus den studentischen Vertretern in den verbliebenen Mitbestimmungsgremien bestehen sollen. Diese "Räte" unterliegen der Schweigepflicht, der Rechts- und Fachaufsicht des Kultusministeriums, sie haben keine Beitragshoheit (Stud. Gelder für den AStA) und sind - man höre und staune - nicht etwa den Studenten, sondern dem Präsidenten der Hochschule rechenschaftspflichtig. Ihre Zusammenarbeit mit den Gremien der Hochschule wurde per Gesetz erzwungen.

Alle studentischen Gruppen außer RCDS hatten zum Boykott der Wahlen für diese "Räte" aufgerufen. Folgerichtig gewann der RCDS die Wahlen, da fast nur noch seine Wähler übrig blieben.

Trotzdem wurde von den fortschrittlichen Kräften an den Hochschulen versucht, die unabhängigen Organe der Studenten weiterzuführen; sie wählten Studentenparlament und Fachschaften unter "illegalen Bedingungen". Vollversammlungen und Wahlen waren verboten. Die stattfindenden Vollversammlungen wurden von der Polizei gewaltsam aufgelöst, Wahlhelfer mit Wahlurnen von der Polizei aus der Hochschule gejagt. Trotz dieser unvorstellbaren Zustän-

de wurden die Wahlen durchgeführt. Nur diese gewählten unabhängigen Organe der Studenten können akzeptiert werden, da nur sie eine Arbeit für die Interessen der Studenten gewährleisten.

Um diese Organe zu unterstützen und anzuerkennen, bestand die Notwendigkeit, sie als ordentliche Mitglieder in den VDS aufzunehmen. Dies jedoch war nur durch eine Änderung des VDS-Statuts möglich. Denn: Laut Satzung des VDS können nur Studentenschaften Mitglieder werden, der "durch Rechtsvorschriften Rechte eingeräumt sind", d. h. die gesetzlich abgesichert sind.

Zur Rolle des RCDS in Bayern sei hier genannt: Er bedrohte Studenten, die gegen das reaktionäre Hochschulgesetz in Bayern streikten (Regensburg), er trat für den NC ein, und prozessierte gegen die gewählten ASten. Die Satzungsänderung wurde von der großen Mehrheit des VDS angenommen, die rechtmäßigen bayrischen ASten in den VDS aufgenommen, eine Mitgliedschaft der "Sprecherräte" wurde abgelehnt. Anschließend wurde der Vorstand des VDS (Juso, MSB, SHB, LHV, entlastet. Danach wurde die oMV unterbrochen, um sie nach Beendigung des gemeinsamen Gründungskongresses von VDS und SVI wieder fortzusetzen.

An dem nun folgenden gemeinsamen Gründungskongress haben 143 ASten der Unis und FHs teilgenommen, von denen jeder eine Stimme hatte. Etwa 45 % der ASten wurden von Juso-Hochschulgruppen und Basisgruppen getragen. Ein etwa gleichgroßer Prozentsatz verteilte sich auf MSB und SHB, der Rest waren RCDS und SLH sowie K-Gruppen-Delegierte. Wichtigster Tagesordnungspunkt der Gründungsversammlung war eine neue Satzung.

Hauptstreitpunkte zwischen Juso-Hochschulgruppen/Basisgruppen und MSB/SHB waren der Stimmenschlüssel auf zukünftigen MVs und die notwendigen Mehrheiten bei Vorstandswahlen.

1. Bei der Frage zu dem Stimmenschlüssel standen zwei Anträge zur Wahl. Der erste Antrag, von Juso-Hochschulgruppen und BG sah einen "degressiven Stimmenschlüssel" vor, d. h. die Stimmzahl der VDS-Delegierten sinkt mit steigenden Studentenzahlen einer Hochschule:

1 -	500 St.	1 Stimme
500 -	1000 "	2 Stimmen
1000 -	10000 "	
	für jede angef.	1000 eine weitere Stimme
10000 -	20000 St.	
	für jede angef.	2000 eine weitere Stimme
20000 -	30000 St.	
	für jede angef.	3000 eine weitere Stimme

Der 2. Antrag wurde von SHB/MSB eingebracht. Diese traten für einen linearen Stimmenschlüssel ein: pro 250 Studenten eine Stimme, unabhängig von den Studentenzahlen an einer Hochschule.

Im zweiten Streitpunkt handelte es sich darum, was für Mehrheiten zur Wahl des Vorstandes des neuen Dachverbandes notwendig wären. Der Antrag der Juso-Hochschulgruppen und BGs sah vor, den Vorstand mit einfacher Mehrheit zu wählen. Demgegenüber verlangten SHB und MSB eine 2/3 Mehrheit.

Doch zu diesem Punkt kamen die Verhandlungen nicht. Am Sonntag, den 23.3.75, früh 4.00 Uhr war der Stimmenschlüssel auf der Tages- bzw. Nachtordnung. Nach stundenlangen Diskussionen wurden die zwei Stimmenschlüssel alternativ abgestimmt. Ergebnis: 64 : 62 für den Juso/BG-Vorschlag. SHB und MSB fochten daraufhin die Abstimmung an und forderten eine Wiederholung. Juso-Hochschulgruppen und BG erkannten die Anfechtung nicht an, worauf die Gründungsversammlung vertagt wurde und auch nicht mehr fortgesetzt werden konnte.

#### Darmstädter Delegation:

Die Studentenschaft der THD gehört dem VDS an. Folgende Delegation war zusammengestellt worden: 1 BG-Vertreter, 1 Juso-Vertreter und 1 SHB-Vertreter. Da die Stimmen der ASten geschlossen abgegeben werden mußten, galt die interne (innerhalb der Delegation vereinbart) Abstimmung mit einfachem Mehrheitsentscheid. Das führte dazu, daß Juso/BG-Vertreter den SHB-Vertreter überstimmten und der THD-AStA für Juso-Basisgruppen-Vorschläge votierte.

## Stellungnahme des SHB-Vertreters:

Die Position des SHB und der gewerkschaftlich orientierten Asten war von der Einsicht bestimmt, daß die Gründung eines starken, schlagkräftigen und einheitlichen Dachverbandes die adäquate Antwort der Studenten auf die Verschlechterung ihrer sozialen Situation, auf die Entdemokratisierung der Hochschulen, auf verfassungswidrige Berufsverbotepraxis und versuchte Zerschlagung der verfaßten Studentenschaft ist. Die Notwendigkeit einer starken studentischen "Einheitsgewerkschaft" schließt dabei jeden Gedanken an einen Richtungsverband aus. Programatische und politische Ausrichtungen des Dachverbandes hat zwei prinzipiellen Kriterien zu genügen: a) Der Verband nimmt seinen Platz im Bündnis aller demokratischen Kräfte ein, das Bündnis mit der arbeitenden Bevölkerung und ihren Organisationen ist auszuweiten und zu vertiefen.

b) Der Verband leitet demokratische Massenkämpfe der Studenten an. Jeder Stillhaltepolitik, auf die die Rechten und die Rechtssozialdemokratie - warten, ist ein Riegel vorzuschieben.

Der SHB ging von Anfang an davon aus, daß die tragenden Kräfte für Konstituierung und Politik des Dachverbandes folgende demokratischen Organisationen sind: SHB, Juso-HSG, MSB. Zusammenbeeinflussen diese Gruppen ca. 70 % der Stimmen. Von daher bestimmte sich auch unsere konstruktive Bündnispolitik, wie sie am Beispiel der Besetzung von Tagespräsidium und Ältestenrat deutlich wurde.

Den gewerkschaftlich orientierten Asten stand auf der Gründungsversammlung eine Negativkoalition gegenüber, bestehend aus EKDS, SLH, Basisgruppen, KBW und Juso-HSG. Das Einigungsband dieser unheiligen Allianz war - neben dem Antikommunismus - das Interesse an einem schwachen bzw. gelähmten Dachverband.

Das "Taktieren" der Juso-HSG ging so weit, daß sie z. B. dem Satzungsantrag des LHV über die Aufgabenbestimmung des neuen Dachverbandes, der auch von MSB und SHB unterstützt wurde, - "Der Verband stützt sich ein für eine freiheitliche, demokratische, soziale und rechtsstaatliche Entwicklung unserer Gesellschaft." - gemeinsam mit Maoisten und rechten Studentengruppen ihre Zustimmung versagten.

Die Juso-HSG gingen davon aus, mit einer Negativkoalition von Juso-HSG, KBW und Basisgruppen - notfalls auch mit den Rechten - dem Verband ihre Satzung zu oktroyieren. Anschließend sollte nach Verabschiedung eines den Juso-HSG genehmen Aktions-

programm ein Vorstand gewählt werden, in dem die Juso-HSG zusammen mit LHV und Basisgruppen die gewerkschaftlich orientierten Vertreter majorisieren können. (3 : 2 Vorstand) Dabei hängt die satzungsmäßige Festlegung der Vorstandswahl (mit der Hälfte oder Zweidrittel der Stimmen) eng mit der Besetzung des Vorstandes zusammen.

Als die Juso-HSG ihren bornierten Führungsanspruch nicht mehr realisieren konnten, ließen sie die Gründungsversammlung an der Frage des Stimmenschlüssels für's erste hochgehen. Der Anlaß ist austauschbar.

Die Juso-HSG wissen, daß SHB und MSB Interesse an einer schnellen Konstituierung eines auf Aktionen drängenden Dachverbandes haben. Sie dagegen versuchen, - etwa unter dem Schlagwort "Neuorientierung" - die Studentenbewegung in ein Stadium ~~zurückzuführen~~, der puren Diskussion und Lamentiererei über diverse linke Strategien zurückzuführen. Das ist objektiv Pazifizierung und Abwiegelpolitik.

Wir haben immer - und werden es auch weiter tun - deutlich gemacht:

Der Platz der Juso-HSG ist nicht an der Seite von maoistischen Abenteurern und rechten Studentengruppen. Der Platz der Juso-HSG ist an der Seite von SHB und MSB.

## Stellungnahme der Delegierten der Juso-Hochschulgruppe und der Basisgruppen zum Ablauf der Gründungsversammlung:

Von Anfang an verzögerten MSB/SHB die Beratungen auf der Gründungsversammlung, weil sie sich von einer vorzeitigen Abreise kleinerer Juso- und BG-Asten (aus finanziellen wie arbeitstechnischen Gründen) die Möglichkeit versprachen, sich eine Mehrheit zu ersitzen. Ein Beispiel dieser Taktik: Obwohl die Vertretungsberechtigung der anwesenden Asten bereits zu Beginn der beiden Mitgliederversammlungen von VDS und SVI geprüft worden war, bestanden die MSB/SHB-Vorstandsmitglieder beim Gründungskongreß auf einer erneuten Prüfung aller Unterlagen. Diese streckte sich dann über einen Tag und eine Nacht hin.

Daß dieses Verhalten von vorneherein geplant war, zeigt die Tatsache, daß der VDS-Geschäftsführer (MSB-Mitglied) die Räume für 13 (!) Tage gemietet hatte.

Konkret zu den Streitpunkten in der Satzung:

1. Stimmenschlüssel

Der SHB/MSB trat, wie schon gesagt, für einen linearen Schlüssel ein, Juso-HSG, BG und LHV (Liberaler Hochschul-

verband) für einen degressiven. Juso-HSG und BG wollten mit ihrem Vorschlag genau das vermeiden, was der MSB/SHB-Schlüssel zur Folge hat: die starke Benachteiligung der vielen kleinen Fachhochschulen gegenüber den großen Unis. Ein Beispiel für den MSB/SHB-Schlüssel: Uni München ... 133 Stimmen FH Osnabrück .. 7 Stimmen Die FHs, die eine Studentenschaft mit spezifischen Problemen bilden, wären damit von Entscheidungen im Dachverband so gut wie ausgeschlossen.

Die Argumentation des MSB/SHB für ihren linearen Schlüssel, "es gibt keine Studenten erster und zweiter Klasse", kann nur schlecht den wirklichen Zweck dieses Vorschlags vertuschen: nach ihrem Schlüssel hätten SHB/MSB die absolute Mehrheit im neuen Dachverband.

2. Modus der Vorstandswahl  
MSB/SHB wollten den Vorstand mit 2/3 Mehrheit wählen, Juso-HSG und BG mit absoluter Mehrheit der MV. MSB/SHB, die ca. 40 % der Asten stellen, hätten nach ihrem Vorschlag eine Sperrminorität besessen und dann nur einem paritätisch besetzten Vorstand zugestimmt. Die Zusammensetzung des Vorstands wäre also die gleiche wie im letzten Jahr gewesen (1 SHB, 1 MSB, 1 Juso, 1 LHV), und wie im letzten Jahr hätte man sich immer gegenseitig abgeblockt. Bisher hatte diese Zusammensetzung die Arbeitsunfähigkeit des VDS zur Folge.

Genau dieses wollten Juso-HSG und BG vermeiden. Sie treten ein für einen Vorstand, der eine ungerade Zahl von Mitgliedern besitzt, so daß immer Entscheidungen und damit Aktionen möglich sind. Dieses kann man jedoch nur dann durchsetzen, wenn dieser Vorstand mit absoluter Mehrheit der MV gewählt wird. Er bekommt dann klar den Auftrag, die auf der MV mehrheitlich beschlossene Politik durchzuführen. Dieser Vorschlag macht einen arbeitenden Vorstand erst möglich, ein untätiger Dachverband macht sich selbst überflüssig.

Wie platzte die Gründungsversammlung?

Anlaß der Vertagung der MV war die Abstimmung über den Stimmenschlüssel: Ergebnis: 64 : 62 für den Juso-HSG- und BG-Vorschlag. Die Anfechtung der Abstimmung durch den MSB erfolgte erst nach Bekanntgabe des Ergebnisses, d. h. 15 Minuten nach der Abstimmung!

Als Grund der Anfechtung benutzte der MSB verschiedene interpretierbare Formulierungen im Koalitionsprotokoll einer Delegation. Daraufhin sollte die ganze Abstimmung wiederholt werden.

Das Tagespräsidium wies die Anfechtung als unbegründet zurück. MSB/SHB erkannten die Entscheidung des Präsidiums nicht an. Juso-HSG und BG weigerten

sich daraufhin, länger an einer Versammlung teilzunehmen, bei der sich MSB und SHB nicht an Abstimmungen halten, die Geschäftsordnung nicht beachten und durch Verzögerungen sich Mehrheiten zu ersitzen versuchen (MSB hatte eine Vertagung um 7 Stunden beantragt). Am selben Nachmittag stellte das Tagespräsidium fest, daß die Gründungskonferenz aufgrund der Abwesenheit von mehr als 50 % der stimmberechtigten ASten auf den 8. - 11.5.75 vertagt wird.

Grundsätzlich:

Die Studenten sehen sich mit einer Verschlechterung ihrer Lebens- und Studienbedingungen konfrontiert, mit einer Entqualifizierung des Studiums. Zwar werden an einzelnen Hochschulen gegen verschiedene dieser Maßnahmen Aktionen der Studenten organisiert (Wohnheimstreik in Darmstadt und Frankfurt z. B.), doch müssen diese einzelnen Aktionen vereinheitlicht und bundesweit durchgeführt werden. Dazu ist ein einheitlicher starker Dach-

verband unerlässlich. Dieser Dachverband muß aber aktionsfähig sein. Die Gründung eines Dachverbandes mit paritätisch besetztem Vorstand, der aufgrund der Erfahrung der letzten Jahre untätig sein wird, bedeutet nichts anderes als die Verhinderung bundesweiter Aktionen der Studenten. Deshalb treten Juso-HSG und BG für die schnellstmögliche Gründung eines einheitlichen starken und arbeitenden Dachverbandes aller Studenten ein.

## "Schick dein Kind auf bessere Schulen, UND HEUTE?"

Es soll aussehen wie ein Teufelskreis:

An bundesdeutschen Schulen ist der Lehrermangel, besonders in Grund- und Berufsschulen längst statistisch erfaßt. Lehrer fehlen allerorts. An den Schulen fallen zwischen 20 und 45 % des Unterrichts aus. Lehrer - ein Beruf mit Zukunft!? Eltern und Schüler reden von Lehrermangel und zu hohen Klassenrequisiten, die zuständigen Stellen (Kumi) reden von einer "Lehrerschwemme". Offiziell soll der Bedarf an Lehrern bis 1980 gedeckt sein. Jedoch werden schon heute in Hessen rund 900 zukünftige Lehrer keine Stelle bekommen. Der Widerspruch ist offensichtlich: Immer mehr Lehrerkandidaten werden abgelehnt - die Quote Schüler : Lehrer versichert sich trotzdem kaum. Circa 150 Lehrer zur Anstellung werden nach ihrem 2. Staatsexamen in Hessen nicht ins Beamtenverhältnis übernommen. 200 Referendare werden nicht vereidigt, 771 Bewerber wurden abgelehnt. Für die nicht-vereidigten Referendare liegt noch nicht einmal eine offizielle Auskunft vor. Es heißt laut Regierungspräsidium nur, daß die Überprüfung der Bewerber durch den Verfassungsschutz noch nicht abgeschlossen sei. Die Gesinnungsschnüffelei gegenüber allen engagierten Lehrern setzt neuerdings schon in den Hochschulen ein! Jeder Student, der sich um eine vertragliche Tutoren- oder Miwi-Stelle bewirbt, muß Fragebogen nach seinem "werdegang" ausfüllen und wird von der politischen Polizei schließlich befragt. Zu dieser neuen Unsicherheit kommt der neueste Streich des Kumi. Neuerdings müssen alle Bewerber ihre Zeugnisse bis zum 5. Mai eingereicht haben. Die Examen-

prüfungen finden aber erst im Juni statt. Für die Studenten heißt das, ein halbes Jahr Arbeitslosigkeit, bevor sie sich überhaupt bewerben können. In der Zeit zwischen Abschluß und Einstellung entfällt das sowieso knappe Bafög und Arbeitslosengeld wird nicht gewährt.

Jugendarbeitslosigkeit (Lehrstellenmangel) und Verschlechterung der Ausbildung im Lehrbereich ergänzen die Tatsache, daß heute allgemein eine qualifizierte Ausbildung nicht mehr gefragt ist. Für die Unternehmer ist die qualifizierte Ausbildung, sind mehr und bessere Lehrer zu teuer für ihre Profite geworden. Während die Bevölkerung unter der Verschlechterung des Ausbildungssektors leidet, verschleudert der Staat die Steuergelder, um in der "Wirtschaftskrise" den Unternehmern durch Investitionsspritzen zu immer höheren Profiten zu verhelfen.

"Ein Recht auf Bildung zu fordern, ist so töricht wie zu verlangen, daß jeder sein Kind

zum Olympiateilnehmer oder Konzertpianisten könne ausbilden lassen" ("Der Arbeitgeber", Nr. 16, 1972, Organ der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände). Es ist jedoch für uns klar, daß unsere eigene Zukunft in dem Recht auf eine qualifizierte Ausbildung und in dem Recht auf Arbeit liegt. Das einzige Mittel für uns, dafür einzutreten, ist die Solidarität aller Betroffenen. Der Fachschaftsrat im FB 2 schlägt für alle Interessierten die Einrichtung von Arbeitskreisen vor, die die Situation der Lehrer und Forderung nach einer besseren Lehrerausbildung erarbeiten. Ebenso wollen wir eine Diskussionsveranstaltung mit Vertretern der GEW an der TH und aus dem Bezirk am Mittwoch, 23.4.75, zu Fragen der Lehrerausbildung veranstalten. Wer sich für die Vorbereitung der Veranstaltung interessiert, kann sich mit uns in der Sitzung des Fachschaftsrates jeden Donnerstag um 11 Uhr im Fachschaftsratsraum (Schloß, 025) in Verbindung setzen.

## Gesucht!

- 2. Geschäftsführer für Schloßkeller
- Geschäftsführer für Schloßkeller-Cafe

Für beide Jobs wird Aufwandsentschädigung gezahlt.

Interessenten bitte im AStA melden

# JOURNAL

## FACHSCHAFTS und

## BASISGRUPPENTERMINE/TH

FB	Termin	Raum
2 FS-Rat Politik/Geschichte	Do 11.00	Turmzimmer
3 Zentralrat GWL	Do 20.00	12/334
BG Sport	Mi 19.00	11/101
4/5 FS-Rat Mathe/Physik	Do 16.00	2d/219
7/8/9 BG Chemie	Mi 20.00	ASta
12/13/14 BG Bauingenieure	Mo 19.30	11/52
15 BG Architektur	Di 17.00	FS-Raum Arch.
16 FS-Rat Maschinenbau	Di 16.00	11/102
BG Maschinenbau	Do 18.00	11/102
17/18/19 BG E-Technik	Mi 19.30	1/25
20 BG Informatik	Do 19.00	Inform.Geb. 106



JUSO-HOCHSCHULGRUPPE informiert:

Veranstaltung zu "PRAXIS"

"Wer sichert die demokratischen Rechte und Errungenschaften in Jugoslavien?"

Es sprechen: **Gerhard Zwerenz**  
**Prof. Fleischer (THD)**

Ort: Hotel Bockshaut

Zeit: Mittwoch, 16.4.75  
20.00 Uhr

Veranstalter : Unterbezirk der  
JUSOS Darmstadt

Veranstaltung: "Weg mit dem § 218"

Termin: Mittwoch, den 23.4.75 um 19<sup>00</sup>Uhr im alten Hauptgebäude 11/100

Veranstalter: KHG

# JOURNAL

Der Iranische Studentenverein

Darmstadt

lädt Sie zum iranischen Neujahrsfest

am 19. April 1975 um 19.30 Uhr

in die Otto-Berndt-Halle herzlich ein

## Schlosskellerprogramm

10.4. 19.30 Uhr

**n.n.**

Die Gruppe "N.N." aus Wiesbaden stellt eine internationale Folklore u. a. aus Spanien, Irland und England in der Besetzung:

Mario	Gitarre, Mandoline
Wurzel	Gitarre, Mandoline
Jupp	Bass gesang
Tekla	Gesang

Sie spielten bereits ein Mal im Schlosskeller mit viel Erfolg.

12.4. 19.30 Uhr

### Flute & Voice

Flute & Voice ist ein im Herbst 1973 gegründetes Jazz-Duo. Hans Reffert: Gitarre, Banjo, Querflöte etc. Hans Brandeis: Sitar, Gitarre, Bass, Gesang. Auszug aus dem Mannheimer Morgen zur LP "Flute & Voice": Eine der eigenartigsten und reizvollsten Pop-Produktionen, die deutsche Musiker bisher vorgelegt haben. Die beiden Mannheimer Hans Brandeis und Hans Reffert versuchen mit ihren langen feinfühlen Improvisationen auf Flöten, Gitarren und Sitar dem Hörer Gefühle der Entspannung, des Friedens und der Gelassenheit zu vermitteln. Beide sind technisch erstklassige Musiker, aber nicht nur das. Ihre zarten, durchlässigen Klänge zeugen auch von eingehenden Überlegungen und großem Einfühlungsvermögen.

19.4. 19.30 Uhr

### ZEN

Besetzung:  
Schlagzeug Berthold Anhalt  
Gitarre Thomas Anhalt  
Bass Peter Körner  
Die Darmstädter Jazz-Rock-Gruppe ist bereits mehrmals erfolgreich im Schlosskeller aufgetreten.

26.4. 19.30 Uhr

### Voices

The New Quintett in Jazz

Besetzung:  
Heinz Sauer Saxophon  
Jürgen Wuchner Bass  
Bob Degen Piano  
Falf R. Hübner Drums  
Günter Kronberg Saxophon

Die Gruppe Voices wurde 1973/74 gegründet. Sie macht eine Musik, die sich von melodischen, harmonischen und rhythmischen Improvisationen über durcharrangierte Teile bis hin zum Free-Jazz bewegt. Jeder von den Spielern ist eine bekannte Größe in der deutschen Jazz-Szene. Man kennt sie als ehemalige Mitglieder u.a. der Dave-Pike-Set (Hübner), dem Albert-Mangelsdorff Sextett (Kronberg, Hübner, Sauer) und German-All-Stars (Sauer, Hübner).

Der Bassist Jürgen Wuchner spielte bereits vor einigen Wochen zusammen mit dem bekannten Saxophonisten Coller bei einem mitreißenden Konzert im Schlosskeller.

SEHR EMPFEHLUNGSWERT!

Weitere für dieses Semester geplante Gruppen:  
Coller (Jazz)  
Greg Powell (Folk)  
Rauhreif (Jazz)  
Tritonus (Jazz-Rock)  
Derrol Adams (Am.Folk)  
Peter Bursch (Chanson)



HEINZ SAUER,



## FILMKREIS-PROGRAMM

Folgende Filme waren bis Redaktionsschluß bekannt. Die einzelner Filme werden jeweils zwei Tage vorher auf Handzetteln bekanntgegeben.

24. 4. 19.00 21.30

### Die Jagd

spanischer Film von 1966  
Regie: Carlos Saura

"Die Jagd" beschäftigt sich mit 3 Männern aus der privilegierten Schicht des spanischen Bürgertums. Sie alle ziehen auf die Jagd, in eine dürre, ausgetrocknete Landschaft, die noch die Spuren des Bürgerkriegs trägt. Die Männer wirken wie ausgesetzt, wie verloren in der geliebten Sonne. Das entspricht exakt ihrem Befinden. Jeder von ihnen ist an einem Nullpunkt seiner Existenz angekommen: gesundheitlich, familiär, geschäftlich. Was sie verbindet, sind Erinnerungen. Die Jagd aktiviert sie. Der Bluttausch des mörderischen Abschießens der Kaninchen beschwört die Atmosphäre von vor dreißig Jahren. Die Spannungen zwischen ihnen werden immer offener, entladen sich schließlich in einem Gemetzel, das nicht mehr die Kaninchen trifft. Die Männer erlegen sich gegenseitig, genüßlich noch im Verenden. Der Junge, der stauen zugeschaut hat, ergreift entsetzt die Flucht.

Sauras Filme liefen bislang nicht in deutschen Kinos. Aus dem Fernsehen jedoch ist er durch die Filme "Die Straßenjungen" bekannt. In Spanien selber wurde nur ein Torso des Films veröffentlicht, nachdem er die spanische Zensur verlassen hatte.

8. 5. 19.00 21.30

### "der nackte Mann auf dem Sportplatz,"

Ein DDR-Film aus dem Jahre 1973.  
Regie: Konrad Wolf

Der nackte Mann, auf den der Filmtitel verweist, ist eine Sportlerstatue, die der Bildhauer Kemmel (Kurt Böwe) für den Fußballverein seines Heimatortes gemacht hat, daß sie freilich nicht einmal eine Sporthose tragen würde, hatten die Sportfreunde von der Figur, die leider auch nicht ihrem Alter, erst kürzlich verstorbenen Torwart ähnlich sieht, nicht erwartet. Kemmel wiederum hat nicht erwartet, daß diese für ihn selbstverständliche Nacktheit der Statue noch ein Problem sein könne. Das ist nur eine der vielen Episoden in diesem Film, die das komplizierte Dreiecksverhältnis zwischen dem Künstler, seiner Arbeit und jenen, für die sie gedacht und gemacht wird, beleuchten.

Wolfgang Kohlhaase und Konrad Wolf haben solche Details aus dem Alltag des Bildhauers Kemmel zu einem atmosphärisch dichten, an Zwischentönen reichen und bemerkenswert vielschichtigen - Motive aus Wolfs früheren Filmen werden immer wieder behutsam aufgenommen und weitergeführt - Gewebe von Bildern zusammengefügt.

15. 5. 19.00 21.30

### Andrej Rubljow

Ein Film aus der UdSSR aus dem Jahre 1968.  
Regie: Andrej Tarkowskij

Dieser Film wurde im vergangenen Jahr vom ZDF ausgestrahlt. 1968 sollte er erstmals in Cannes vorgeführt werden, wurde dann aber wegen "künstlerischer Fehler" und "im Einverständnis mit dem Regisseur", wie es von offizieller sowjetischer Seite hieß, kurzfristig zurückgezogen. In Form eines Sationendramas zeigt Tarkowskij die Entwicklung Rubljows in einem Zeitraum von etwa 25 Jahren. Rubljow wird nie als Agierender, immer nur in der Reaktion auf politische und menschliche Erfahrungen gezeigt. Andrej zieht mit den ebenfalls malenden Klosterbürdern Kirill und Daniil übers Land nach Moskau. Durch ein Gewitter zum Rasten gezwungen, suchen die drei in einer Hütte Obdach, wo ein Gaukler frivole Lieder singt. Kirill verrät den Komödianten an die Schergen des Großfürsten.

Ein Film, der trotz epischer Erzählweise den Zuschauer zum unmittelbaren körperlichen Miterleben zwingt.

Original mit deutschen Untertiteln.

Brief des Präsidentenrats der Studentenföderation  
Chiles an die Asten der BRD:

"Frankfurt, 5.3.75

Wir möchten Euch von der jetzigen Lage des rechtmäßigen Rektors der Staatlichen Technischen Universität Chiles, Prof. Dr. ing. Enrique Kirberg, berichten. Er ist 55 Jahre alt, verheiratet, hat 3 Kinder und einen breiten wissenschaftlichen Lebenslauf im Dienste des Hochschulwesens.

Er wurde am 12. September 1973 in der Rektorei der Universität festgenommen, nachdem diese ohne jeglichen Grund durch die Artillerie umlagert und bombardiert wurde.

Der Rektor Prof. Dr. Kirberg wurde danach ins Verteidigungsministerium und in die Kaserne Tacna verlegt, wo er Behandlungen unterworfen wurde, die bedrückend für die menschliche Würde sind.

Danach wurde er mit anderen Persönlichkeiten der recht- und verfassungsmäßigen Regierung zur Insel Dawson gebracht, deren klimatischen Bedingungen allen bekannt sind. Der Umgang mit den Gefangenen wurde nicht geändert, sondern, im Gegenteil, verschlimmert.

Rektor Kirberg wurde im Mai 1974 zuerst nach Puchuncave und dann nach Ritoque, zwei Konzentrationslager der Marine, gebracht. Da man ihn nicht unter Anklage stellen konnte, wurde er plötzlich erneut nach Santiago verlegt, unter einer erfundenen Anklage von Steuerhinterziehungen, die vor 10 Jahren stattgefunden haben soll.

... Er wurde ins Zuchthaus von Santiago unter gewöhnliche Gefangene gesteckt, die zu über 15 Jahren Haft bestraft sind. Die Zellen sind dort sehr eng und haben nicht mal die sanitären Mindestbedingungen. Dieses hat sich auf den Gesundheitszustand des Rektors Kirberg ausgewirkt, sein Gewicht hat um 10 Kilo abgenommen, man erlaubt ihm keinen Arztbesuch und sein Leben ist jetzt mehr denn je in Gefahr.

Wir bitten alle Studentenorganisationen, uns in einer Kampagne zu helfen, das Leben von Rektor Kirberg zu retten und seine endgültige Freilassung zu erlangen.

Wir bitten Euch, darauf hinzuwirken, daß die Rektoren der Universitäten der BRD und auch die studentischen Gremien Aktionen zur Freilassung von Rektor Kirberg zu unternehmen. ..."

Der ASTA der THD schrieb daraufhin dem Präsidenten  
Böhme folgenden Brief:

Sehr geehrter Herr Böhme,

der faschistische Terror in Chile hat zehntausenden von Chilenen das Leben gekostet und ebensovielen Kerker oder KZ eingebracht.

Darunter befindet sich auch der rechtmäßige Rektor Dr. ing. Enrique Kirberg der staatlichen Technischen Universität Chiles, den man unter dem Vorwand der Steuerhinterziehung im Zuchthaus von Santiago gefangen hält.

Wir fordern Sie daher auf, zu prüfen, inwiefern eine Gastprofessur für Herrn Kirberg an der THD in Frage käme, um ihn aus dieser lebensbedrohenden Lage zu befreien.

Desgleichen bitten wir Sie, für die Freilassung des seit dem 4.10.1974 entführten Bergwerksdirektors der staatlichen Kupfermine "Chuquicamata", David Silbermann, einzutreten.

In der Anlage übersenden wir Ihnen einen Brief, den uns chilenische Kommilitonen zugesandt haben.

Mit freundlichen Grüßen

*Richard Viehl*  
(Richard Viehl)  
Sozialreferent

Bis jetzt hielt es Präsident Böhme nicht für  
notwendig, auf unseren Brief auch nur zu antworten.....